

# Einleitung

## I.

Hans Reichmann wurde am 3. März 1900 in Hohensalza in Posen geboren. Er wuchs in einem gutbürgerlichen Elternhaus – der Vater war Apotheker – auf, geprägt durch die deutsch-jüdische Kultur, die in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg sicher eine Glanzzeit erlebte. Das ostdeutsche Judentum gründete sich auf große Gemeinden und fühlte sich wie mancher seiner Nachbarn in Polen der Haskala, der Aufklärung, verbunden. Wissenschaft und Kunst fanden schon früh in seinen Kreisen Eingang. Die Entwicklung Oberschlesiens zu einem blühenden Industrieviertel um die Jahrhundertwende wäre ohne das Mitwirken der jüdischen Gemeinden kaum denkbar gewesen.

Reichmanns Vater starb, als der Junge vierzehn Jahre alt war, und die Familie zog ins obereschlesische Beuthen. Dort ging er zur Schule und wurde ein begeisterter Besucher des kleinen Beuthener Theaters. Sein Vetter Ernst berichtete, daß der Gymnasiast sein ganzes Taschengeld für Reclam-Bändchen und Theaterkarten ausgegeben habe. Noch viele Jahre später konnte er die Beuthener Schauspieler nachahmen, und seine gelungene Parodie des Originals brachte ihm in seinen Studentenjahren den Beinamen „Pallenberg“ ein<sup>1</sup>. Ein Foto aus der Schülerzeit zeigt Reichmann zusammen mit Mutter und Geschwistern. Auf ihm blickt ein schmaler Junge mit dunklen Augen groß und ernst auf den Betrachter. Ein hoher steifer Kragen mit einem Schliipsknoten verleiht dem Jungen etwas Würdevolles. In den späteren Fotografien wurden die Züge freundlicher, und je voller das Gesicht, desto mehr lachten Augen und Mund.

Ostern 1918 machte er Abitur und gehörte noch zu den Jahrgängen, die im letzten Kriegsjahr einrücken mußten. Das Ende des Krieges erlebte er in einem Ausbildungslager in Sosnowitz. Er studierte anschließend Rechtswissenschaft in Berlin, Freiburg und Greifswald, war engagiertes Mitglied des Kartell-Convents, der Verbindung deutscher Studenten jüdischen Glaubens. Im KC, der als Antwort auf das mittelalterliche, antijüdische Stigma: den gelben Fleck, mit demonstrativem Stolz die Farbe gelb führte, galt Reichmann als lebensfroher wie einnehmender Kommilitone. Jurist war er mit Leib und Seele. Ihn begeisterte, so sein späterer langjähriger Gefährte Fritz Goldschmidt, die Worte des großen Rechtslehrers Jhering: „Im Kampfe sollst du dein Recht finden.“<sup>2</sup> Dennoch hatte Goldschmidt den Eindruck, daß Reichmann im Grunde seines Herzens

---

<sup>1</sup> Ernst Reichman, Jugendjahre, in: Zum Gedenken an Ernst Reichmann, herausgegeben vom Council of Jews from Germany, London 1965. Der 1934 bei einem Flugzeugunglück ums Leben gekommene Max Pallenberg war ein damals weithin bekannter Berliner Schauspieler.

<sup>2</sup> Fritz Goldschmidt, Nachruf, in: ebda., S. 19.

ein Pessimist blieb, immer auf das Schlimmste gefaßt, ohne sich deshalb je davon abhalten zu lassen, für das Recht zu kämpfen.

1922 starb Reichmanns Mutter, und er fühlte sich mehr denn je für seine Geschwister verantwortlich. Sein früherer Religionslehrer, der Oberrabbiner von Beuthen Max Kopfstein, gewann den jungen Rechtsreferendar für den Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.). Reichmann arbeitete vier Jahre als bezahlter Geschäftsführer für den C.V.-Landesverband Oberschlesien und ließ sich, nachdem er 1924 zum Dr. jur. promoviert war und 1925 das zweite juristische Staatsexamen absolviert hatte, für kurze Zeit in Hindenburg, ebenfalls Oberschlesien, als Rechtsanwalt nieder. Bezeichnenderweise fiel seine Wahl der Anwaltskanzlei auf einen älteren Kollegen, Justizrat Lichtenstein, der große Erfahrungen in politischen Prozessen besaß. Allerdings blieb er nicht lange in Hindenburg, denn Ludwig Holländer, Direktor des C.V. in Berlin, entdeckte den jungen, begabten Juristen und holte ihn 1927 in die Hauptgeschäftsstelle des C.V. nach Berlin.

Im C.V. lernte Reichmann auch seine spätere Frau, Eva Jungmann, kennen. Drei Jahre älter als er, war sie 1897 ebenfalls in Oberschlesien, in Liegnitz, als Tochter eines jüdischen Rechtsanwalts geboren worden. Sie besuchte das Gymnasium in Oppeln, studierte in Breslau, München, Berlin und promovierte 1921 mit einer Dissertation zum Thema „Spontaneität und Ideologie als Faktoren der modernen sozialen Bewegungen“. Nach einem kurzen Intermezzo als Gewerkschaftsangestellte kam sie 1924 als Dezernentin zum C.V. nach Berlin. 1930 heirateten die beiden. Arnold Paucker, dem wir eines der wenigen Porträts Eva Reichmanns verdanken, bekannte, daß sie auf seine Generation – Paucker wurde 1921 in Berlin geboren – einen entscheidenden Einfluß ausgeübt habe. Neben der Philosophin Hannah Arendt und der Historikerin Selma Stern-Täubler sei sie „eine der großen Frauengestalten, die das deutsche Judentum hervorgebracht hat“<sup>3</sup>. Von ihr stammt eine der zweifellos klügsten Analysen, die zum Antisemitismus in Deutschland im 20. Jahrhundert geschrieben wurden<sup>4</sup>. Im C.V. gehörte sie mit Hans Reichmann zu den vehementen Unterstützern eines aktiven politischen Kampfes gegen den Nationalsozialismus. War Hans Reichmann der Publizist, der mit scharfer Feder den Antisemitismus angriff, lieferte sie als Schriftleiterin der deutsch-jüdischen Zeitschrift „Morgen“ die politischen und ideologischen Analysen – ein bedeutsames Paar, dessen in-

<sup>3</sup> Arnold Paucker, Eva Gabriele Reichmann, in: Hans Erler, Ernst Ludwig Ehrlich, Ludger Heid (Hg.), „Meinetwegen ist die Welt erschaffen“. Das intellektuelle Vermächtnis des deutschsprachigen Judentums. 58 Porträts, Frankfurt am Main/New York 1997.

<sup>4</sup> Eva Reichmann, Die Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe, Frankfurt am Main 1956. Das Buch basiert auf ihrer zweiten Dissertation: Hostages of Civilization. The Social Source of National-Socialist Anti-Semitism, London 1950.

tellectuelle und menschliche Verbindung bis zum Tod Hans Reichmanns 1964 andauerte<sup>5</sup>.

Der C.V. war neben den Jüdischen Gemeinden die größte Organisation der Juden in Deutschland<sup>6</sup>. Zum Ende der Weimarer Republik umfaßte der C.V. etwa 60 000 Mitglieder in 555 Ortsgruppen und 21 Landesverbänden. Sein Organ, die C.V.-Zeitung, erschien wöchentlich in einer Auflage von rund 65 000 Exemplaren<sup>7</sup>. Hans Reichmann selbst hat nach dem Krieg über den C.V. geschrieben: „Eine gleichartige Organisation, die sich aus einem Verein zu einer jüdischen Bewegung entwickelt, die Idee des Kampfes um die Gleichberechtigung demokratisiert und jüdisch positiviert hatte, gab und gibt es in der Welt nicht.“<sup>8</sup>

Gegründet wurde der C.V. im März 1893 als Reaktion auf die jüdenfeindlichen Strömungen im deutschen Kaiserreich. Die Initiative ging auf den damaligen Direktor des Berliner Schiller-Theaters, Raphael Loewenfeld, zurück, der Bittgesuche an den Kaiser ablehnte und statt dessen dafür eintrat, für sein Recht auf Gleichberechtigung zu kämpfen. Doch waren die Töne mitunter kämpferischer als die Taten, und unter den damals rund 1 400 Mitgliedern, die der Verein im ersten Jahr seines Bestehens sammeln konnte, waren der Zaghafte und Vorsichtigen viele, die den antisemitischen Gegner nicht unnötig reizen wollten. Erst die politische Praxis und die konkrete Abwehr des virulenten Antisemitismus ließen den C.V. kämpferischer werden<sup>9</sup>.

Problematisch gestaltete sich von vornherein das Verhältnis zu den Zionisten, die zu Beginn des Jahrhunderts innerhalb der deutschen Judenheit nur eine kleine Minorität darstellten. Die zionistisch eingestellten deutschen Juden leugneten keineswegs ihre Verbundenheit mit deutscher Kultur. Aber sie betrachteten Deutschland als Diaspora, innerhalb dessen eine eigene jüdische Identität

<sup>5</sup> Eva G. Reichmann konnte am 16. Januar 1997 in London, obgleich gebrechlich und mittlerweile erblindet, ihren 100. Geburtstag feiern. Eine Biographie dieser ungewöhnlichen und beeindruckenden Frau steht immer noch aus.

<sup>6</sup> Zur Geschichte des C.V. immer noch grundlegend: Arnold Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, Hamburg, 2. verbesserte Auflage 1969; jüngst erschien Avraham Barkai, *Der C.V. im Jahre 1933: Neu aufgefundene Dokumente im Moskauer „Sonderarchiv“*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 23 (1994), S. 233–246. Beide Autoren arbeiten derzeit an umfassenden Studien zur Geschichte des C.V.

<sup>7</sup> Barkai, C.V., S. 233. Arnold Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, S. 45, geht von 60 000 Mitgliedern in 634 Ortsgruppen in 23 Landesverbänden aus.

<sup>8</sup> Hans Reichmann, *Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*, in: *Festschrift zum 80. Geburtstag von Rabbiner Dr. Leo Baeck*, London 1953, S. 55–73, Zitat: S. 71.

<sup>9</sup> Vgl. dazu jetzt Jacob Borut, *Der Central-Verein und seine Vorgeschichte. Deutschlands Juden am Ende des 19. Jahrhunderts*, in: *Jüdischer Almanach des Leo Baeck Instituts* 1996, Frankfurt am Main 1995, S. 99–111.

entwickelt werden müsse<sup>10</sup>. Der C.V. hingegen verstand sich eo ipso als deutsche Organisation, die deutsche Kultur gegen den undeutschen Geist des Antisemitismus verteidigte. Obwohl einige seiner Vorstandsmitglieder auch der Jewish Agency angehörten und der C.V. den Aufbau eines jüdischen Staates in Palästina nicht grundsätzlich in Zweifel zog, blieb das Verhältnis zu den zionistischen Organisationen gespannt, ja mitunter wurde die Beschuldigung laut, die Zionisten würden den Antisemitismus befördern<sup>11</sup>. Die liberalen jüdischen Bürger wie Hans Reichmann, die sich im C.V. zusammenfanden, glaubten an die Kraft der Vernunft und der Aufklärung. Sie waren von einem tiefen Patriotismus erfüllt, und das Prinzip der ‚Pflege deutscher Gesinnung‘ wurde von ihnen erst recht vertreten, als die aufkommende nationalsozialistische Bewegung das alleinige Deutschsein für sich beanspruchte<sup>12</sup>. Der Name des C.V. war Programm. Seine Mitglieder begriffen sich als Deutsche jüdischen Glaubens, die jede Diskriminierung nicht nur als persönlich ehrkränkend, sondern ebenso als undeutsch empfanden.

Konsequent wandten sich die Jungen von den Alten ab, mokierten sich über die bürgerliche Engstirnigkeit des C.V. und verachteten, wie Arnold Paucker später bekannte, die Assimilationsbestrebungen ihrer Väter, die sich nur als Deutsche und nicht als Juden gegen den Antisemitismus zur Wehr setzen wollten<sup>13</sup>. Auch die Jungen, die dem C.V. nahestanden, kämpften gegen die in ihren Augen bourgeoise C.V.-Führung. Mit Skepsis begegneten sie daher auch dem neuen Syndikus Hans Reichmann, der, obwohl selbst gerade erst 27 Jahre alt, schon zur Spitze des Verbandes gehörte und dessen Politik zu verkörpern schien. Doch, so gestand der langjährige Jugendsekretär des C.V. nach dem Krieg ein, hatten sie ein falsches Bild von Hans Reichmann gewonnen. „Es dauerte einige Zeit, bis uns bewußt wurde, daß diese Gereiftheit, die zunächst der Beziehung zwischen ihm und uns Jüngeren einen gewissen persönlichen Abstand gab, mit einem starken Sinn für Humor verbunden war, und daß der gleiche Mann, der uns zu Anfang manchmal etwas übertrieben konventionell, um nicht zu sagen feierlich, vorkam, in Wirklichkeit voll von Lebensfreude war.“<sup>14</sup>

<sup>10</sup> Vgl. übergreifend Jehuda Richarz, *Fatherland or Promised Land. The Dilemma of the German Jews*, Ann Arbor 1975.

<sup>11</sup> Vgl. dazu den Aufsatz von Avraham Barkai, *Between Deutschtum and Judentum. Ideological Controversies inside the Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) 1919–1933*, in: Derek Penslar/Michael Brenner (Hg.), *Circles of Community. Collective Jewish Identity in Germany and Austria, 1918–1932* (i. E.).

<sup>12</sup> Vgl. dazu Arnold Paucker, *Das Berliner liberale jüdische Bürgertum im ‚Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‘*, in: Reinhard Rürup (Hg.), *Jüdische Geschichte in Berlin*, Berlin 1995, S. 215–228.

<sup>13</sup> Arnold Paucker, *Berlin/Potsdam – London. Stationen im Leben eines deutsch-jüdischen Historikers. Rede anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Potsdam an Arnold Paucker 1996*, Potsdam 1996.

<sup>14</sup> Werner Rosenstock, *Ein Kämpfer für die deutschen Juden*, in: *Zum Gedenken an Hans Reichmann*, S. 35–37.

Selbst Kurt Tucholsky respektierte Reichmanns Haltung. Auf dessen Vorhalt, daß die Art seiner Kritik ungünstige Auswirkungen auf die prekäre Situation der deutschen Juden haben könne, antwortete Tucholsky 1929 in einem Brief an Hans Reichmann: „Sie sind der erste Mensch, der mir in 16 Jahren Arbeit begegnet, der den Anspruch, ich sollte die Gruppe [der deutschen Juden] nicht kompromittieren, stellt, ohne das aus bourgeoiser Furcht zu tun. Lassen Sie mich dafür danken.“<sup>15</sup>

Die Weimarer Verfassung brachte den deutschen Juden zwar ihre volle formelle Gleichberechtigung als Staatsbürger. Zugleich aber waren die Weimarer Jahre von antisemitischen Kampagnen und Angriffen durchzogen, die an Intensität und Hemmungslosigkeit die Zeit des Kaiserreichs übertrafen. Mit den Mitteln des Strafrechts mühte der C.V. sich, oftmals vergebens, gegen antisemitische Hetze, Beleidigungen, aber auch Versuche, Juden im öffentlichen Dienst zurückzusetzen, anzugehen. In den ersten Jahrzehnten des Bestehens stellten diese Anstrengungen um die Beförderung von jüdischen Richtern, Verleihung von Notariaten, Ernennungen von Juden zu Schöffen und Geschworenen und nicht zuletzt der Protest gegen die Praxis, jüdische Soldaten im Heer nicht gleichberechtigt zu behandeln, noch einen gewichtigen Part in der Tätigkeit des Vereins dar. Zu Beginn der Weimarer Republik war es dem C.V. zwar gelungen, das preußische Justizministerium zu einem Erlaß an die Staatsanwaltschaften zu bewegen, dem zufolge bei Beschimpfungen von jüdischen Einrichtungen und schweren antisemitischen Beleidigungen ein öffentliches Interesse vorauszusetzen und damit ein Ermittlungsgebot gegeben sei. Aber außerhalb Preußens konnten sich die Anwälte des C.V. nur auf den § 130 StGB (Aufreizung zum Klassenhaß) und § 166 StGB (Gotteslästerung) stützen<sup>16</sup>. Wie wenig deutsche Gerichte der schon geringen Neigung der Staatsanwälte, antisemitische Hetze zu verfolgen, nachkamen, mag das Beispiel eines Urteils aus dem Jahr 1931 illustrieren: Danach war das Gröhlen des Naziliedes „Wenn's Judenblut vom Messer spritzt“ mit einer Geldbuße von 15 Reichsmark belegt worden, was, wie Paucker richtig bemerkt, einer Prämie gleichkam<sup>17</sup>. Doch zwang der zunehmende antisemitische Druck seitens der politischen Rechten den C.V. dazu, sich mehr und mehr zu politisieren und in Verbindung mit den verfassungstragenden Weimarer Parteien den Antisemitismus nicht mehr nur rechtlich, sondern auch politisch bekämpfen. „Mag das ursprüngliche Motiv der führenden Männer des C.V. auch verletztes Rechtsgefühl gewesen sein“, resümierte Hans Reichmann später, „so wird doch recht bald das Bemühen um eine Vertiefung des Gedankens der Abwehr deutlich“<sup>18</sup>.

<sup>15</sup> Zit. nach ebda., S. 35.

<sup>16</sup> Vgl. dazu die Dissertation von Dirk Walter, *Antisemitische Kriminalität und Gewalt in der Weimarer Republik*, Freiburg/Br. (Diss. phil.) 1997.

<sup>17</sup> Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, S. 78.

<sup>18</sup> Reichmann, *Centralverein*, S. 65.

Diese wichtige Umorientierung der politischen Arbeit des C.V. von der Defensive zur aktiven Bekämpfung der gefährlichsten antisemitischen Partei, der NSDAP, ist wesentlich auf Hans Reichmann zurückzuführen. Schon früh Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gehörte er zu den Initiatoren und treibenden Kräften des C.V., engagiert gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen. Im Unterschied zu Wortführern wie Julius Goldstein, Redakteur des „Morgen“, der ausschließlich an die traditionelle Elite herantreten wollte und den Begriff vom „geistigen Generalstab“ prägte, den der C.V. für sich gewinnen sollte, drangen Hans Reichmann und sein fünfzehn Jahre älterer Kollege und Vorgesetzter, der langjährige Syndikus des C.V. Alfred Wiener, auf eine Politik der Gesamtabwehr des Nationalsozialismus, die neue Methoden wie die Massenpropaganda ausdrücklich einschloß<sup>19</sup>. Der propagandistischen Flut antijüdischer Broschüren, Flugblätter, Pamphlete und Bücher begegnete der C.V. mit eigener Aufklärungsliteratur wie dem seit 1923 wiederholt aufgelegten Handbuch „Anti-Anti“, das in dem C.V.-eigenen Philo-Verlag in Berlin erschien<sup>20</sup>. 1929 begann der C.V. mit dem Aufbau eines Archivs, in dem nationalsozialistische Propagandamaterialien und andere antisemitische Dokumente gesammelt wurden, und versorgte damit in den letzten Jahren der Weimarer Republik die Presse und die demokratischen Parteien<sup>21</sup>.

Reichmann wußte zugleich um die Wichtigkeit, nicht nur die Massen, sondern auch die Meinungsführer in Deutschland zu erreichen. Er sah die Notwendigkeit, wie Alfred Hirschberg später schrieb, die politischen Parteien, die Gewerkschaften, Wirtschaftszweige zu alarmieren, ohne daß dabei die „Judenfrage als Ausgangspunkt in die Erscheinung trete“<sup>22</sup>. Die eigens dafür gegründete Organisation nannte sich schlicht das Büro Wilhelmstraße, von dem aus die eher „unterirdische“ anti-nationalsozialistische Arbeit des C.V. organisiert wurde. Bereits 1929 gelang es Reichmann zusammen mit Max Grünbaum, einem Vorstandsmitglied des Kölner Tietz-Konzerns, der im Brennpunkt der nationalsozialistischen Propaganda gegen Warenhäuser stand, erhebliche Geldsummen für den Kampf gegen den Nationalsozialismus zu sammeln und diese dem Büro Wilhelmstraße zur Verfügung zu stellen. Von dort erhielten Regierungsstellen ebenso wie Parlamentarier, Redakteure, Hochschullehrer und Geistliche eine Vielzahl von Informationen zur NSDAP. Reichmann war stän-

<sup>19</sup> Paucker, Der jüdische Abwehrkampf, S. 31–32.

<sup>20</sup> Zum „Anti-Anti“ siehe Paucker, Der jüdische Abwehrkampf, S. 48–49.

<sup>21</sup> Als das Archiv Ende Februar 1933 nach München in, allerdings nur vorläufige, Sicherheit gebracht wurde, zählte es laut Hans Reichmann 200 000 Nummern; es wurde schließlich im Herbst 1933 in einer Papierfabrik eingestampft; vgl. Hans Reichmann, Der drohende Sturm. Episoden aus dem Kampf der deutschen Juden gegen die nationalsozialistische Gefahr 1929 bis 1933, in: In zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag, hrsg. von Hans Tramer, Tel Aviv 1962, S. 556–577, hier: S. 567; und Paucker, Das Berliner liberale jüdische Bürgertum, S. 224–225.

<sup>22</sup> Alfred Hirschberg, Die CV-Jahre von Hans Reichmann, in: Zum Gedenken an Ernst Reichmann, S. 27–34, Zitat: S. 29.

dig auf der Suche nach abgefallenen Nationalsozialisten, darunter Otto Strasser, deren Berichte aus den Interna der Partei er über das Büro Wilhelmstraße der Öffentlichkeit zugänglich machte. Als dessen offizieller Chef fungierte zwar der ehemalige Polizeioffizier und Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei Max Brunzlow, ein Nichtjude, aber der eigentliche Schöpfer und Leiter des Büros Wilhelmstraße war unbestritten Hans Reichmann, der, obwohl offiziell nur Verbindungsmann zum C.V., in Wirklichkeit die Tätigkeit dieser wichtigen, bislang nur wenig erforschten Abwehrstelle gegen den Nationalsozialismus koordinierte<sup>23</sup>.

In der C.V.-Zeitung meldete sich Reichmann immer häufiger zu Wort, und sein Ton wurde dringlicher. Ende 1931 sagte er voraus, daß das Jahr 1932 das „Jahr der Entscheidung“ werden würde. Unter diesem Motto standen sieben Massenversammlungen, die in Berlin im Januar 1932 einberufen wurden und auf denen Reichmann als Redner auftrat. „Wir wissen“, schrieb er noch kurz vor der Machtübernahme Hitlers, „daß unser Kampf nicht zuletzt ein Werben um die Seele des deutschen Volkes ist.“<sup>24</sup>

Es war zu spät. Im Juli 1932 erzielte die NSDAP bei den Reichstagswahlen einen erdrutschartigen Sieg und wurde mit 37% der Stimmen stärkste Fraktion. Der Appell an die Vernunft, ebenso wie die Organisation von lokalen „Aufklärungsversammlungen“, in denen Vertreter von Kirchen, Behörden, Parteien und kulturpolitischen Gruppen mit dem C.V. über die sogenannte Judenfrage diskutierten<sup>25</sup>, vermochten den Sieg der Antisemiten so wenig aufzuhalten wie die Kontakte zu führenden Persönlichkeiten in Staat und Wirtschaft. Zwar ließ der greise Reichspräsident von Hindenburg den C.V. wissen, daß er nicht gewillt sei, die Gleichberechtigung der deutschen Juden antasten zu lassen<sup>26</sup>. Aber als nach der Machtübernahme der NSDAP im April 1933 die Beamtengesetze verabschiedet werden sollten, die die Entlassung der Juden aus dem öffentlichen Dienst vorsahen, setzte sich Hindenburg nur für eine Ausnahmeregelung für jüdische Weltkriegsteilnehmer ein, die dann nach seinem Tod im August 1934 rasch abgeschafft wurde.

<sup>23</sup> Zum Büro Wilhelmstraße vgl. Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, S. 111–117; Reichmann, *Vor dem Sturm*, S. 566–569, sowie: Leonidas E. Hill, Walter Gyssling, the Centralverein and the Büro Wilhelmstrasse, 1929–1933, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 38 (1993), S. 193–208.

<sup>24</sup> Zit. nach Hirschberg, *Die CV-Jahre von Hans Reichmann*, S. 30.

<sup>25</sup> Zu den „Aufklärungsversammlungen“ vgl. Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, S. 52–53.

<sup>26</sup> Ebda., S. 137–139.

## II.

Der 30. Januar 1933 rief unter den deutschen Juden ein unterschiedliches Echo hervor. Kurt Jakob Ball-Kaduri berichtet von einer Versammlung jüdischer Handwerker an jenem Abend im Café Leon am Kurfürstendamm. Eine Stunde vor Beginn der Sitzung war bekannt geworden, daß Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt worden war. Der erste Redner ging gar nicht auf das Thema ein. Der zweite, der Rabbiner Hans Tramer, warnte eindringlich vor der historischen Wendung, die jetzt eingetreten sei, aber niemand mochte ihn hören. Das Publikum hielt seine Worte für Schwarzmalerei<sup>27</sup>.

Der C.V. täuschte sich zwar nicht über den Ernst der Lage, aber wandte sich entschieden gegen jedwede Panikstimmung. Ludwig Holländer schrieb im Leitartikel der C.V.-Zeitung am 2. Februar 1933: „Auch in dieser Zeit werden die deutschen Juden ihre Ruhe nicht verlieren, die ihnen das Bewußtsein untrennbarer Verbundenheit mit allem *wirklich* Deutschen gibt.“<sup>28</sup> Die Zuversicht der deutschen Juden, daß, wie es Wolfgang Benz formulierte, „die Judenfeindschaft der NSDAP nicht in Judenverfolgung von Staats wegen münden würde“<sup>29</sup>, gründete sich vor allem auf die Weiterexistenz der Verfassung und die Beharrungskraft der konservativen Regierungspartner Hitlers. Beide Hoffnungen wurden bitter enttäuscht. Der Reichstagsbrand am 28. Februar gab Hitler die Gelegenheit, die Verfassung de facto außer Kraft setzen zu lassen und die politische Opposition terroristisch zu unterdrücken; die (Selbst-)Gleichschaltungswelle im Frühjahr und Sommer 1933 errichtete endgültig den nationalsozialistischen Führerstaat. Die jämmerliche Rolle der deutschen Konservativen in diesem Prozeß hat Joachim Fest zu der Feststellung veranlaßt, daß „keine gesellschaftliche Gruppe angesichts der von der Zeit geforderten Bewährungsprobe in ähnlichem Umfang versagt“ habe<sup>30</sup>.

Die Nationalsozialisten ließen keinen Zweifel an ihrem Willen, die deutschen Juden zu verfolgen. Mit der ersten großen antisemitischen Aktion, dem Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933, gedachten die „Stürmer“ in der NSDAP,

<sup>27</sup> Kurt Jakob Ball-Kaduri, Das Leben der Juden in Deutschland im Jahre 1933. Ein Zeitbericht, Frankfurt am Main 1963, S. 34. Siehe als Zeitzeugnis auch Eva Reichmann, Deutsche Judenheit 1933 (1934 erstmals erschienen), in: Eva G. Reichmann, Größe und Verhängnis deutsch-jüdischer Existenz. Zeugnisse einer tragischen Begegnung, Heidelberg 1974, S. 48–62.

<sup>28</sup> C.V.-Zeitung, 2. 2. 1933 (Hervorhebung im Original).

<sup>29</sup> Wolfgang Benz (Hg.), Das Exil der kleinen Leute. Alltagserfahrungen deutscher Juden in der Emigration, München 1991, S. 17.

<sup>30</sup> Joachim Fest, Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft, Neuausgabe München 1993, S. 222.

den Juden einen entscheidenden Schlag zu versetzen<sup>31</sup>. Obwohl die Boykottankündigung die Judenheit in Deutschland und in der Welt hinsichtlich einer angemessenen Reaktion spaltete – Kurt Blumenfeld für die Zionistische Vereinigung und der Vorsitzende des C.V. Julius Brodnitz schickten noch am 26. März ein Telegramm nach New York, um das American Jewish Committee von „anti-deutschen Kundgebungen“ abzuhalten<sup>32</sup> –, war die negative Reaktion im Ausland auf den Boykott heftig genug, um die Nationalsozialisten außenwirtschaftliche Folgen fürchten zu lassen. Selbst im Inland bekundeten Beschäftigte der bedrohten Firmen öffentlich Solidarität mit den jüdischen Inhabern, da der Boykott ebenso die „arischen“ Arbeitsplätze bedrohte. All diese politischen und wirtschaftlichen Unwägbarkeiten führten in der NS-Führung zu der Auffassung, die Aktion vorerst auf einen Tag, den 1. April, zu begrenzen. „Die Judenfrage wieder aufrollen“, erklärte Hitler im Juli 1933 in einer Ansprache vor den Reichsstatthaltern in Berlin, „heißt die ganze Welt wieder in Aufruhr bringen.“<sup>33</sup> Der Furor jedoch, mit dem die SA-Banden den Boykott betrieben, ließ keinen Zweifel aufkommen, wie ernst es die Nationalsozialisten mit ihrem Judenhaß meinten<sup>34</sup>. Victor Klemperer erinnerte die Boykottstimmung an die Pogrome im „tiefsten Mittelalter oder im innersten zaristischen Rußland“. Er notierte am 30. März in sein Tagebuch: „Ich habe mich wahrhaftig immer als Deutscher gefühlt. Und ich habe mir immer eingebildet: 20. Jahrhundert und Mitteleuropa sei etwas anderes als 14. Jahrhundert und Rumänien. Irrtum.“<sup>35</sup>

Die antisemitische Politik des neuen Regimes einte die jüdischen Organisationen zu einem Reichsverband, der schon in den letzten Jahren der Weimarer Republik geplant, dessen Verwirklichung aber immer wieder aufgeschoben worden war. Auf Initiative einzelner Jüdischer Gemeinden und gegen die immer noch virulenten Widerstände der zentralen orthodoxen, liberalen und zionistischen Organisationen gründete sich im endlich im September 1933 die Reichsvertretung der deutschen Juden, die mit Dr. Franz Meyer und Dr. Siegfried Moses für die Zionistische Vereinigung für Deutschland, dem orthodoxen Rabbiner Dr. Jacob Hoffmann, Heinrich Stahl von der Jüdischen Gemeinde

<sup>31</sup> Zur antisemitischen Politik der Nationalsozialisten nach wie vor grundlegend: Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972; Karl A. Schleunes, *The Twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy toward German Jews, 1933–1939*, Urbana/Ill. USA 1970; Hermann Graml, *Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich*, München 1988; siehe jetzt vor allem Saul Friedlander, *Nazi Germany and the Jews. Vol. 1: The Years of Persecution, 1933–1939*, London 1997.

<sup>32</sup> Das Telegramm und weitere Stellungnahmen jüdischer Organisationen zum Boykott sind abgedruckt in: Klaus J. Herrmann, *Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933–1934*, Köln u. a. 1969.

<sup>33</sup> Akten der Reichskanzlei, *Die Regierung Hitler*, Teil I: 1933/34, Bd. 1, S. 631.

<sup>34</sup> Zum Boykott und zu den antisemitischen Gewaltaktionen in diesen Tagen siehe jetzt Friedlander, *Years of Persecution*, S. 19–24.

<sup>35</sup> Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1941*. Herausgegeben von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Hadwig Klemperer, Berlin 1995, Band I, S. 20.

Berlin und Dr. Rudolph Callmann vom C.V. gewissermaßen paritätisch besetzt worden war, aber vor allem in der Person von Dr. Leo Baeck als Präsidenten und Dr. Otto Hirsch als Geschäftsführendem Vorsitzenden eine Führung erhielt, die sich innerhalb der deutschen Judenheit großen Respekt und Autorität erwarb<sup>36</sup>.

Die gewalttätigen Ausschreitungen im Frühjahr 1933, die sogenannten „Aprilgesetze“<sup>37</sup>, mit denen Juden in Staatsdiensten ihre Anstellungen verloren, ließen zwar viele deutsche Juden die Gefahr ahnen, in der sie sich befanden. Nachdem aber unmittelbar nach der Machtübernahme 1933 rund 37 000 Juden Deutschland verließen, ebnete diese erste große Auswanderungswelle in den folgenden Monaten wieder ab. Viele hofften auf eine „Normalisierung“ des Regimes und auf eine Existenz, die zwar den weitgehenden Ausschluß aus dem öffentlichen Leben bedeutete, aber das wirtschaftliche Weiterleben ermöglichte. Kurt Jakob Ball-Kaduri hielt als Stimmungstendenz seiner Sammlung von jüdischen Zeitberichten für das Jahr 1934 fest, daß „eine Fortexistenz des deutschen Judentums auf einer eingeschränkteren Ebene möglich“ zu sein schien<sup>38</sup>. Wollte wirklich jemand annehmen, daß die über Jahrhunderte so scheinbar fest verwurzelte deutsche Kultur innerhalb weniger Monate zusammenbrechen und die Barbarei siegen würde? Wer konnte ahnen, was die deutschen und europäischen Juden in den kommenden Jahren tatsächlich erleiden sollten, zu welchem Inferno die Nationalsozialisten in der Lage sein würden? Der Glaube an die Grundwerte deutscher Kultur ließ auch die Reichmanns nicht an Auswanderung denken. Im Gegenteil, indem sie in Berlin blieben und ihre Arbeit im C.V. fortsetzten, hofften sie, das Ihrige zum baldigen Ende des braunen Spuks beitragen zu können.

Für die Gestapo stellte die Verfolgung des politischen Gegners, in erster Linie Kommunisten und Sozialdemokraten, die zentrale Aufgabe in der Phase der „Machtergreifung“ im Jahr 1933 dar, während der „Judenfrage“ in diesen Monaten nur eine untergeordnete Rolle zukam. Im Geschäftsverteilungsplan des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin vom Juni 1933 wurde der Bereich „Ju-

<sup>36</sup> Vgl. Esriel Hildesheimer, Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime. Der Existenzkampf der Reichsvertretung und Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Tübingen 1994.

<sup>37</sup> Dazu zählten insbesondere das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums“ vom 7. 4. 1933 (RGBl I, S. 175–177), das die Versetzung in den Ruhestand von „nichtarischen“ Beamten vorsah; das „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“ vom 25. 4. 1933 (RGBl I, S. 225), das die Zahl der jüdischen Studenten und Schüler drastisch begrenzte, und zahlreiche Verordnungen gegen jüdische Rechtsanwälte, Richter, Staatsanwälte, Schöffen und Hochschullehrer. Siehe auch Joseph Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Karlsruhe 1981, I 46, 77.

<sup>38</sup> Kurt Jakob Ball-Kaduri, Vor der Katastrophe. Juden in Deutschland 1934–1939, Tel Aviv 1967, S. 32.

den“ zusammen mit „Ausschreitungen, Sprengstoff, Attentate, Ausländern, Emigranten, Freimauren“ in einem Dezernat geführt<sup>39</sup>. Ähnlich war innerhalb des Sicherheitsdienstes der SS (SD) die „Judenfrage“ noch eng mit der Annahme verknüpft, die Juden würden vom Ausland her dem Deutschen Reich mit „Greuelpropaganda“ und durch politische Verbindungen zu den Emigranten schaden. Dennoch trat der SD bereits zu dieser Zeit mit einem klaren und weitreichenden Konzept zur Judenverfolgung hervor. In einem für SD-Chef Reinhard Heydrich bestimmten Memorandum schrieb das Judenreferat des SD im Mai 1934: „Das Ziel der Judenpolitik muß die restlose Auswanderung der Juden sein. [...] Den Juden sind die Lebensmöglichkeiten – nicht nur wirtschaftlich genommen – einzuschränken. Deutschland muß ihnen ein Land ohne Zukunft sein, in der wohl die alte Generation in ihren Restpositionen sterben, nicht aber die junge leben kann, so daß der Anreiz zur Auswanderung dauernd wach bleibt.“<sup>40</sup>

Als Grundsatz für den Umgang mit jüdischen Organisationen forderte der SD, daß die Zionisten, die erklärtermaßen die jüdische Auswanderung nach Palästina förderten, im Gegensatz zu den assimilationistischen Verbänden, zu denen der C.V. gezählt wurde, bevorzugt zu behandeln seien. Diese Auffassung setzte sich in den kommenden Monaten auch innerhalb der politischen Polizei durch. In einem Bericht des Judenreferats des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin vom November 1934 schrieb der Referent, daß das „Bestreben der Staatspolizei dahin gerichtet [sei], den Zionismus weitgehendst zu fördern und seine Auswanderungsbestrebungen zu unterstützen. Die Deutschen (Assimilanten) werden in ihrer Betätigung so viel wie möglich behindert, um sie zu veranlassen, in das Lager der Zionisten hinüberzuwechseln.“<sup>41</sup>

Nach dem Ausscheiden von Holländer und Wiener aus der Leitung des C.V., der sich ab 1936 „Jüdischer Centralverein“ nennen mußte, wurden Alfred Hirschberg und Hans Reichmann zu geschäftsführenden Syndici ernannt. Julius Brodnitz blieb Präsident. „Wir waren im Alter seiner Söhne,“ schrieb Alfred Hirschberg später. „Ein umfassendes und unbegrenztes Vertrauen bestand zwischen ihm und uns, bis er 1936 tödlich verunglückte. [...] Niemand von uns sah die Endlösung in der Form voraus, in der sie sich schließlich vollzog. Wir waren innerlich davon überzeugt, daß das Dritte Reich keine tausend Jahre dauern, und daß wir es überleben würden. Unsere ideologische Reaktion zu den Ereig-

<sup>39</sup> Geschäftsverteilungsplan Gestapa, 19. 6. 1933; Bundesarchiv (im folgenden: BA), R 58/840, Bl. 2–6; vgl. ebenfalls Klaus Drobisch, Die Judenreferate des Geheimen Staatspolizeiamtes und des Sicherheitsdienstes der SS 1933 bis 1939, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2, Frankfurt am Main/New York 1992, S. 230–254.

<sup>40</sup> Memorandum des SD-Amtes IV/2 an Heydrich, 24. 5. 1934; Zentrum für die Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen („Sonderarchiv“), Moskau (im folgenden: Sonderarchiv Moskau), 501/1/18; abgedruckt in: Michael Wildt (Hg.), Die Judenpolitik des SD 1935–1938. Eine Dokumentation (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Band 71), München 1995, S. 66–69.

<sup>41</sup> Bericht Gestapa II 1 B 2, November 1934; Sonderarchiv Moskau, 501/1/18.

nissen war realistisch, aber unser Kreis fühlte, daß ein großes Diaspora-Judentum fortbestehen würde und daß es für die Position vieler Millionen Juden in demokratischen Ländern bedeutsam werden könnte, in welcher Form wir auf eine, als vorübergehend empfundene, Abirrung der Umwelt reagierten.“<sup>42</sup>

Hans Reichmann konzentrierte sich in der Zeit nach 1933 auf zwei Arbeitsgebiete: Zum einen war er für die juristisch-wirtschaftliche Beratungsstelle tätig, die für die unter den zunehmenden staatlichen Repressionen leidenden Juden eine unschätzbare Hilfe wurde. In seinen Aufzeichnungen schildert Reichmann, wie wichtig diese Beratungsstelle bei den Verhaftungen im Juni 1938 war, als er und seine Kollegen sich mit aller Kraft für die Freilassung der Inhaftierten einsetzten. Zum anderen versuchte Reichmann weiterhin, die jetzt strikt konspirative Tätigkeit des Büros Wilhelmstraße fortzuführen und Kontakte zu einflussreichen Personen im Staat zu knüpfen, die in Schlüsselpositionen in denjenigen Ministerien saßen, die für das Schicksal der deutschen Juden entscheidend waren: Arbeitsministerium, Wirtschaftsministerium, Finanzministerium, Reichsbank. So erhielt Hjalmar Schacht, Reichsbankpräsident und von 1934 bis 1937 Reichswirtschaftsminister, ebenso wie der vatikanische Nuntius und spätere Papst Pius XII., Pacelli, von Reichmann allwöchentlich Informationen zur Situation der deutschen Juden<sup>43</sup>.

Selbst aus dem Innern des nationalsozialistischen Führungszirkels gewann Hans Reichmann Kenntnisse über einen Kontaktmann, den er „Kassandros“ nannte, der offenbar noch Zugang zu Beamten aus der Reichskanzlei besaß. Von ihm, dessen Identität Hans Reichmann auch in seinen Aufzeichnungen aus dem Exil nicht preisgab, stammten oft die dunkelsten Informationen, die im C.V. zu immer ernsthafteren Befürchtungen Anlaß gaben. Reichmanns Verbindungen reichten sogar bis in die Gestapo hinein, in deren sogenannten Judendezernaten noch Kriminalbeamte tätig waren, die schon in der Weimarer Republik gedient hatten. Von ihnen kam mitunter ein Wink oder Anruf, der es jemandem ermöglichte, sich noch rechtzeitig einer Verhaftung zu entziehen. Reichmann selbst, so berichtete Alfred Hirschberg, erhielt 1935 einen solchen Anruf und verließ das Büro des C.V. in der Emserstraße 42 in derselben Minute durch die Hintertür, während offensichtlich ein Gestapobeamter versuchte, ihn vor der Eingangstür abzufangen<sup>44</sup>.

---

<sup>42</sup> Hirschberg, Die CV-Jahre von Hans Reichmann, S. 31.

<sup>43</sup> Ebda., S. 32.

<sup>44</sup> Ebda., S. 33.

### III.

Von Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft an gehörten Gewalt und Ausschreitungen gegen Juden zum Alltag<sup>45</sup>. Bereits unmittelbar nach den Reichstagswahlen am 5. März 1933, mit denen die Nationalsozialisten ihre „Machtergreifung“ allerorts begannen, kam es zu Gewaltaktionen gegen Juden. Der Deutschlandkorrespondent des „Manchester Guardian“ berichtete am 10. März aus Berlin, daß SA-Schlägertrupps Juden auf der Straße zusammenschlugen, bis ihnen das Blut über Kopf und Gesicht strömte. Aus Breslau, Wiesbaden, Königsberg, Kiel, Chemnitz, Magdeburg und Bayern wurden ähnliche Hetzjagden und Mißhandlungen von Juden gemeldet<sup>46</sup>.

1934 verwandelte sich zu Palmsonntag der kleine mittelfränkische Ort Gunzenhausen in einen Hexenkessel, als nach einer Brandrede des örtlichen SA-Führers etliche Gunzenhausener mehrere Stunden lang zu den Häusern ihrer jüdischen Nachbarn zogen, mit brutaler Gewalt über dreißig Menschen ins Gefängnis schleppten und dort schwer mißhandelten; ein Jude wurde angeblich erhängt im Schuppen gefunden, ein anderer soll sich ein Messer ins Herz gestossen haben, bevor ihn die Menge ergriff<sup>47</sup>. Die Mordaktion vom 30. Juni 1934 gegen die SA-Führung bot zugleich den Rahmen für antisemitischen Terror. Im schlesischen Hirschberg wurden jüdische Geschäfte überfallen, die Schaufenster eingeschlagen, die Besitzer aus ihren Wohnungen geholt und mißhandelt. SS-Leute verhafteten den Rechtsanwalt Dr. Förster, der an Prozessen gegen Nationalsozialisten teilgenommen hatte, den Kaufmann Charig und das Ehepaar Zweig und erschossen sie nachts „auf der Flucht“<sup>48</sup>.

Im Sommer 1935 fanden in ganz Deutschland, besonders in Berlin, erneute pogromartige Aktionen gegen jüdische Geschäfte statt. In einem Bericht der Staatspolizeistelle Berlin an das Reichs- und Preußische Innenministerium vom August 1935 hieß es: „Gäste und arisches Personal wurden bedroht und auch tätlich angegriffen, den Käufern wurde beim Verlassen der Geschäfte die Ware aus der Hand geschlagen. [...] In zahlreichen Fällen wurden die Inhaber aufgefordert, das Geschäft sofort zu schließen, da sonst die Räumung oder Demolierung des Lokals erfolgen werde. [...] In zahlreichen Fällen wurden auch die

<sup>45</sup> Vgl. dazu Michael Wildt, *Gewalt gegen Juden in Deutschland 1933 bis 1939*, in: *WerkstattGeschichte* 18 (1997), S. 59–80.

<sup>46</sup> Das Schwarzbuch. Tatsachen und Dokumente. Die Lage der Juden in Deutschland 1933. Hrsg. vom Comité des Delegations Juives, Paris 1934, S. 495–499; siehe jetzt auch Friedlander, *Years of Persecution*, S. 18–26.

<sup>47</sup> Ian Kershaw, *Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktion auf die Judenverfolgung*, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit II*, München 1979, S. 281–348, hier: S. 295–296.

<sup>48</sup> *Der gelbe Fleck. Die Ausrottung von 500 000 deutschen Juden. Mit einem Vorwort von Lion Feuchtwanger*, Paris 1936, S. 40–43.

Schaufensterscheiben in der Nacht eingeworfen.“<sup>49</sup> Heydrich nutzte in seinem Bericht über die Ausschreitungen den von Parteigliederungen entfesselten „Volkszorn“ als Legitimation für die Forderung nach schärferen Gesetzen und härterem Vorgehen gegen die Juden: „Die fortwährend aus dem ganzen Reich einlaufenden Berichte über jüdenfeindliche Demonstrationen lassen erkennen, daß im Reichsgebiet eine immer weiter fortschreitende Unzufriedenheit mit dem bisherigen uneinheitlichen Vorgehen gegen das Judentum sich breitmacht. Der rassenmäßig eingestellte Teil des deutschen Volkes glaubt, die in der Stille bisher ergriffenen Maßnahmen gegen die Juden als nicht genügend ansehen zu müssen und fordert allgemein schärferes Vorgehen.“<sup>50</sup>

Die Nürnberger Gesetze beruhten trotz ihrer überstürzten Formulierung und Verkündung auf dem Parteitag im September 1935 auf langer antisemitischer Vorarbeit seitens vieler Institutionen des NS-Staates<sup>51</sup>. Mit dem „Reichsbürgergesetz“, das Juden de facto unter Ausländerrecht stellte, und dem „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“<sup>52</sup>, mit dem der neue Straftatsbestand der „Rassenschande“ eingeführt wurde, war die rassenbiologische Ideologie der Nationalsozialisten Teil des Strafgesetzbuches geworden<sup>53</sup>. Was anfangs noch den Nimbus der Rechts-, besser Unrechtssicherheit besaß, entpuppte sich bald als Ausgangspunkt sich stetig verschärfender antisemitischer Maßnahmen des NS-Regimes.

#### IV.

Anfang November 1937 offenbarte Hitler der engsten militärischen Führungsspitze, daß er zum Krieg entschlossen sei, wobei das erste Ziel die „blitzartige“ Niederwerfung der Tschechoslowakei und Österreichs sein müsse<sup>54</sup>. Vor diesem Hintergrund ist der härtere Kurs gegen die deutschen Juden zu sehen. In einem Deutschland, das sich auf den Krieg vorbereitete, galten die Juden als „natürliche“ Gegner, die den deutschen Anstrengungen Schaden zufügten. Anderer-

<sup>49</sup> Staatspolizeistelle Berlin an das Reichs- und preußische Ministerium des Innern, 22. 8. 1935; Sonderarchiv Moskau 500/1/379, Bl. 108–113.

<sup>50</sup> Heydrich an Reichskanzlei, 16. 7. 1935; zit. nach Werner Jochmann, Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945, Hamburg 1988, S. 245–246.

<sup>51</sup> Lothar Gruchmann, „Blutschutzgesetz“ und Justiz. Zu Entstehung und Auswirkung des Nürnberger Gesetzes vom 15. September 1935, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31 (1983), S. 418–442; sowie jetzt Friedlander, *Years of Persecution*, S. 145–173.

<sup>52</sup> RGBI I, S. 1146 ff. Vgl. Walk, *Sonderrecht*, I 636, 637.

<sup>53</sup> Zum „Geist“ der Nürnberger Gesetze vgl. Cornelia Essner, *Die Alchemie des Rassensbegriffs und die „Nürnberger Gesetze“*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 4, Frankfurt am Main/New York 1995, S. 201–225.

<sup>54</sup> Niederschrift der Besprechung in der Reichskanzlei am 5. 11. 1937 (Hoßbach-Protokoll), in: Internationaler Militärgerichtshof (IMG), *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg* 14. 11. 1945 – 1. 10. 1946, Nürnberg 1948, Bd. 25, S. 403–413.

seits war das jüdische Vermögen begehrt, um die Aufrüstung zu finanzieren; Enteignung und „Arisierung“ der Unternehmen in jüdischem Besitz standen mit der forcierten Aufrüstung in enger Verbindung<sup>55</sup>. In diesem Zusammenhang bildete die Ablösung Schachts als Wirtschaftsminister, der zweifellos kein Freund der Juden war<sup>56</sup>, dennoch eine Zäsur, nach der die Verfolgung der deutschen Juden spürbar an Schärfe zunahm.

Bis Mitte 1935 waren bereits 20 bis 25% aller jüdischen Betriebe in „arische“ Hände übergegangen. Im Januar 1937 praktizierten von den ehemals rund 8000 jüdischen Ärzten nur noch 3300, von den 4000 Rechtsanwälten noch annähernd 2200. Von den rund 50000 jüdischen Geschäften, die es Anfang 1933 im Deutschen Reich noch gegeben hatte, existierten im Juli 1938 nur noch etwa 9000, davon allein über 3600 in Berlin. Obwohl ansonsten infolge der Rüstungskonjunktur längst wieder Vollbeschäftigung herrschte, waren zwischen 30000 und 40000 jüdische Arbeiter und Angestellte arbeitslos, ohne Aussicht auf einen Arbeitsplatz<sup>57</sup>.

Im März 1938 wurde den jüdischen Organisationen der Status einer öffentlichen Körperschaft genommen und damit ihre bisherige Eigenständigkeit entscheidend eingeschränkt, im Mai erging Görings Verordnung über die Anmeldung jüdischen Vermögens, um es besser rauben zu können. Anfang Juli verbot das „Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung“ den Juden zahlreiche Berufe, vor allem den Hausierhandel, mit dessen Hilfe sich noch manche über Wasser zu halten suchten<sup>58</sup>. Reichmann berichtet von den Schikanen, denen jüdische Händler in Königsberg und Schneidemühl ausgesetzt waren. Die Wandergewerbescheine, die ihnen in einem Behördenraum erteilt wurden, nahm ihnen die Gestapo zwei Räume weiter wieder ab. Den jüdische Rechtsanwalt, der die Beschwerden der Händler vertreten wollte, bedrohte die Gestapo mit Haft, wenn er nicht für die Rücknahme der Klagen sorgen würde<sup>59</sup>. Die „4. Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ vom 25. Juli 1938 entzog allen noch praktizierenden jüdischen Ärzten die Approbation; in Ausnahmefällen konnten sie als „Krankenbehandler“ jüdische Patienten versorgen. Entsprechend verbot im September die „5. Verordnung“ allen jüdischen Rechtsanwälten die Tätigkeit und ließ sie allenfalls als „Konsulenten“ jüdische Klienten vertreten<sup>60</sup>. Von den noch 1753 praktizierenden jüdischen Rechtsanwälten erhielten nur 172 eine solche

<sup>55</sup> Vgl. Ludolf Herbst, *Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg*, Frankfurt am Main 1996, besonders S. 200–208.

<sup>56</sup> Albert Fischer, Hjalmar Schacht und Deutschlands „Judenfrage“. Der „Wirtschaftsdiktator“ und die Vertreibung der Juden aus der deutschen Wirtschaft, Köln 1995.

<sup>57</sup> Avraham Barkai, *Vom Boykott zur „Entjudung“*. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943, Frankfurt am Main 1988, S. 78–80.

<sup>58</sup> Vgl. dazu Adam, *Judenpolitik*, S. 172–203.

<sup>59</sup> Siehe im vorliegenden Band S. 68–69.

<sup>60</sup> RGBl I (1938), S. 969–970 und S. 1403–1406; vgl. Walk, *Sonderrecht*, II 510 und 547.

Ausnahmegenehmigung, von den 3 152 jüdischen Ärzten durften nur 709 weiterarbeiten<sup>61</sup>.

Als habe er die künftigen Ereignisse geahnt, unternahm Hans Reichmann Ende 1937, Anfang 1938 noch einige Reisen, die ihn an Orte voller Erinnerungen führten: nach Bellagio am Comer See und zu seinem alten Studienort Freiburg, wo ihn die Schilder „Juden unerwünscht“ und die Hetzüberschriften der SS-Zeitung „Das Schwarze Korps“ wieder in die antisemitische Wirklichkeit zurückholten. Er besuchte er noch einmal das jetzt polnische Oberschlesien, den kleinen jüdischen Friedhof in Sohrau, auf dem seine Vorfahren lagen, fuhr nach Inowrazlaw und Thorn, und schließlich gemeinsam mit Eva, die von einer Reise nach Palästina zurückgekehrt war, nach Prag. Fast scheint es so, als habe er Abschied nehmen wollen: „Alles in mir bäumt sich gegen die Erkenntnis auf, daß es zu Ende geht, und sie wird mit jeder Woche doch stärker. Zu Ende mit dem deutschen Judentum! Generationen hatten mit Fleiß und Umsicht den wirtschaftlichen Unterbau geschaffen, der das stolze Haus des Geistes und der wirkenden Menschenliebe trug, das für uns deutsches Judentum bedeutet. Mit jedem Stein, der aus dem tragenden Grund herausgebrochen wurde, sinkt eine Stütze. Wie lange noch, und der stolze Bau muß zusammenbrechen!“<sup>62</sup>

## V.

Mit dem „Anschluß“ Österreichs nahm die antisemitische Politik des NS-Regimes einen neuen, terroristischen Kurs. Bereits in der Nacht zum 12. März hatten die Österreicher in Wien und andernorts ihren antisemitischen Ressentiments freien Lauf gelassen. Jüdische Geschäfte wurden geplündert, Juden willkürlich verhaftet, aus ihren Wohnung getrieben und mißhandelt, persönliche Bereicherungen waren an der Tagesordnung<sup>63</sup>. Angesichts dieses gewalttätigen Antisemitismus „von unten“ und eines noch unschlüssigen Zugriffs „von oben“ bemühte sich Adolf Eichmann, der vier Tage nach dem Einmarsch als SD-Vertreter in Wien eingetroffen war, zielstrebig, die Judenpolitik in seiner Dienststelle zu zentralisieren. Er stellte eine Liste derjenigen jüdischen Organisationen auf, die wieder zugelassen werden sollten, um sie in den Dienst der Zwangsauswanderung zu stellen. Den wieder aus der Haft entlassenen Amtsdirektor der Israe-

<sup>61</sup> Barkai, Boykott, S. 134.

<sup>62</sup> Siehe im vorliegenden Band S. 53. Auch Herbert A. Strauss erzählt von diesem Sommer 1938, in dem er als Zwanzigjähriger mit einem Freund mainabwärts paddelte, „und wir genossen die Ruhe und den Frieden des Wassers und der schönen Landschaft an seinen Ufern, die einen willkommenen Kontrast zu spannungsgeladenen und unheilvollen Schlagzeilen und Radioberichten bildeten, mit denen wir in Berlin überschwemmt worden waren.“ Herbert A. Strauss, Über dem Abgrund. Eine jüdische Jugend in Deutschland 1918–1943, Frankfurt am Main 1997, S. 114.

<sup>63</sup> Vgl. Hans Safrian/Hans Witek, Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938, Wien 1988.

litischen Kultusgemeinde Wien, Dr. Josef Löwenherz, zwang er zur Mitarbeit, von der Kultusgemeinde erpreßte er mehrere hunderttausend Reichsmark und demonstrierte damit, daß es dem SD im Unterschied zu den umständlichen Methoden der Ministerialbürokratie mit genügend – krimineller – Energie gelang, die Vertreibung der Juden von diesen selbst finanzieren zu lassen. Die neu gegründete Wiener „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ wurde zum Modell für Berlin und Prag<sup>64</sup>.

Reichmann beschreibt in seinen Aufzeichnungen, wie die Nachrichten der Vertreibung der österreichischen Juden auf Betreiben des „Kommissars Eichmann vom „Sicherheitsdienst der SS“ in der C.V.-Zentrale in Berlin Entsetzen hervorriefen<sup>65</sup>. Vor dem Terror flohen die Juden zu Zehntausenden und konnten froh sein, ihren Kopf gerettet zu haben. Bis zum Frühjahr 1939 hatte etwa die Hälfte aller rund 190 000 österreichischen Juden ihr Land verlassen<sup>66</sup>, darunter Tausende, die von SA und SS mit Gewalt illegal über die Grenze, vor allem in die Schweiz, abgeschoben wurden<sup>67</sup>. In Berlin kam es unterdessen im Frühsommer 1938 zu erneuten antisemitischen Ausschreitungen. Anfang Mai 1938 hatten Angehörige einer Berliner NSDAP-Ortsgruppe nachts jüdische Geschäfte beschmiert und die örtliche Synagoge beschädigt, in anderen Berliner Stadtteilen wurden Schaufenster zertrümmert. Am 10. Juni forderte Goebbels in einem Vortrag vor Polizeioffizieren dazu auf, „sich ständiger Eingriffe gegen die Juden zu befleißigen“<sup>68</sup>, einen Tag später setzten in ganz Berlin gewalttätige Aktionen gegen jüdische Geschäfte ein; teilweise kam es sogar zu Plünderungen. Reichmann schildert eindringlich, wie die „kochende Volksseele“ wirkte<sup>69</sup>.

Auch in Magdeburg wurden im Juni jüdische Geschäfte mit Farbe beschmiert<sup>70</sup>, in Frankfurt am Main Schaufensterscheiben zerschlagen, Synagogen

<sup>64</sup> Vgl. Hans Safrian, *Die Eichmann-Männer*, Wien 1993, S. 36–49; sowie Gabriele Anderl, *Die „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“ in Wien, Berlin und Prag – ein Vergleich*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 23 (1994), S. 275–299.

<sup>65</sup> Siehe im vorliegenden Band S. 61.

<sup>66</sup> Jonny Moser: *Österreich*, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991, S. 67–93, hier: S. 68.

<sup>67</sup> Vgl. Jacob Toury, *Ein Auftakt zur „Endlösung“: Judenaustreibungen über nichtslawische Reichsgrenzen 1933–1939*, in: *Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*. Hrsg. von Ursula Büttner unter Mitwirkung von Werner Johe und Angelika Voß, Bd. 2, Hamburg 1986, S. 164–196.

<sup>68</sup> Stabskanzlei SD-Hauptamt an Abteilung II 112, 22. 6. 1938; Sonderarchiv Moskau, 500/1/645. Goebbels notierte dazu am 11. 6. 1938: „Vor 300 Polizeioffizieren in Berlin über die Judenfrage gesprochen. Ich putsche richtig auf. Gegen jede Sentimentalität. Nicht Gesetz ist die Parole sondern Schikane.“ Elke Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Sämtliche Fragmente, Teil I: Aufzeichnungen 1924–1941*, München 1987, Bd. 3, S. 452.

<sup>69</sup> Siehe im vorliegenden Band S. 73.

<sup>70</sup> Fernschreiben SD Leipzig an SD-Hauptamt, 22. 6. 1938; Sonderarchiv Moskau, 500/1/645, Bl. 10.

beschädigt und sogar jüdische Geschäftsinhaber tödlich angegriffen<sup>71</sup>. Offensichtlich aus außenpolitischen Rücksichten unterband Hitler weitere Ausschreitungen: Auf Beschluß der Gauleitung und des Polizeipräsidenten von Berlin, dem ein „persönliches Eingreifen des Führers von Berchtesgarden aus“ vorausging, wurden fürs erste antijüdische Aktionen ab dem 21. Juni, 17 Uhr, verboten<sup>72</sup>.

Aber wieder nutzte die Sicherheitspolizei den „entfesselten Volkszorn“, um ihre eigene Politik gegen die Juden zu verschärfen. Auf einer Chefbesprechung am 1. Juni 1938 teilte Reinhard Heydrich seinen Beamten mit, „auf Befehl des Führers [würden] bestimmte Dinge im Westen des Reiches durchgeführt. Zu diesem Zweck sei es notwendig, sämtliche verfügbaren Arbeitskräfte dorthin zu schicken.“<sup>73</sup> Heydrich schlug vor, KZ-Häftlinge, sogenannte „arbeitscheue und asoziale Elemente“ sowie vorbestrafte Juden zu verhaften. Am selben Tag verschickte das Reichskriminalpolizeiamt einen von Heydrich unterzeichneten Erlaß, dem zufolge in der Woche zwischen dem 13. und 18. Juni jede Kriminalpolizeistelle „mindestens 200 männliche arbeitsfähige Personen (asoziale) in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen“ habe. Weiter wurde bestimmt: „Ferner sind ebenfalls in der Woche vom 13. bis 18. Juni alle männlichen Juden des Kriminalpolizeistellenbezirks, die mit mindestens einer Gefängnisstrafe von mehr als einem Monat bestraft sind, in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen.“<sup>74</sup> Die Juni-Aktion, bei der weit über 10000 Menschen, darunter rund 1500 Juden, verhaftet und in ein Konzentrationslager verschleppt wurden, bedeutete eine drastische Verschärfung der polizeistaatlichen Maßnahmen, wurden doch hier zum ersten Mal bestimmte Gruppen systematisch in einer Großrazzia gefaßt. In Reichmanns Aufzeichnungen stellt die Juni-Aktion einen Wendepunkt dar. Mit ihr wurde die Dimension der Gewalt deutlich, mit der das Regime mittlerweile gegen die deutschen Juden vorzugehen bereit war. Was die österreichischen Juden im März bereits hatten erleiden müssen, wurde nun auch in Deutschland Wirklichkeit.

Am Montag, den 13. Juni, liefen morgens im Berliner Büro des C.V. die ersten Meldungen über Verhaftungen ein. Von den Frauen der Festgenommenen war kein Hinweis auf die Gründe zu erfahren, aber binnen kurzem wurde erkennbar, daß es sich um eine Massenverhaftung handelte und die Verhafteten in eines der drei Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen oder Dachau ge-

<sup>71</sup> SD-OA Fulda-Werra an SD-Hauptamt, 23. 6. 1938; Sonderarchiv Moskau, 500/1/645, Bl. 11.

<sup>72</sup> Vgl. Stabskanzlei an II 112, 22. 6. 1938 (Anm. 68); sowie die entsprechenden Hinweise in den Aufzeichnungen Goebbels' vom 21. und 22. 6. 1938; vgl. Fröhlich (Hg.), Tagebücher, Bd. 3, S. 461–463.

<sup>73</sup> Aktennotiz Dr. Spengler, 1. 6. 1938; Sonderarchiv Moskau, 500/1/645.

<sup>74</sup> Reichssicherheitshauptamt – Amt V (Hg.), Vorbeugende Verbrechensbekämpfung – Erlaßsammlung, o. O., o. J. (Berlin 1943), S. 81–82; vgl. dazu Wolfgang Ayaß, „Asoziale“ im Nationalsozialismus, Stuttgart 1995, S. 139–165.

bracht worden waren. Hier wurden die jüdischen Häftlinge besonders grausam behandelt. Was Harry Stein für die Juden in Buchenwald feststellte, galt gleichermaßen auch für die anderen Konzentrationslager: „Keine andere Häftlingsgruppe wurde im Sommer 1938 schlimmer drangsaliert.“<sup>75</sup> Die Nachrichten, die nach Berlin über die Verhältnisse in den Konzentrationslagern drangen, waren grauenvoll. In überfüllten Baracken wurden die Häftlinge zusammengepfercht, von morgens vier bis abends acht Uhr mit schwersten Arbeiten gepeinigt. Wasser gab es kaum, Durst quälte die Häftlinge in schlimmster Weise. Die Entlassenen schwiegen über das Erlebte, aber ihre abgemagerten, geschundenen Körper sagten genug aus. Reichmann schildert den Fall eines Fleischermeisters, ehemals ein Hüne, der nach der Entlassung seinen Rechtsanwalt besuchte: „Er geht an einem Stock, das heißt, er schleppt sich mühsam und schreit, als er seinen Befreier sieht: ‚Fragen Sie mich nicht, fragen Sie mich nicht!‘ – ‚Aber ich habe Sie ja nicht gefragt.‘ Der Mann schreit von neuem: ‚Fragen Sie mich nicht, ich wandere jetzt aus und komme nur, um mich bei Ihnen zu bedanken.‘ Dann humpelte er davon.“<sup>76</sup>

Die Atmosphäre blieb auch nach den Juni-Ereignissen gewalttätig aufgeladen. Die außenpolitischen Spannungen, die durch die vom Deutschen Reich provozierte Sudetenkrise hervorgerufen wurden und Europa im September 1938 an den Rand des Krieges brachten, fanden ihren Niederschlag in lokalen antisemitischen Ausschreitungen. Nicht nur aus Franken, dessen Gauleiter Julius Streicher jede Gelegenheit nutzte, um gegen die Juden loszuschlagen, sondern auch aus anderen Teilen Deutschlands berichtete der SD über gewaltsame Aktionen. In Beveringen, Neuenkirchen und Fürstenau wurde am 20. und 22. September in die Synagogen eingebrochen, das Mobiliar zerstört und jüdische Friedhöfe geschändet<sup>77</sup>. In Wien überfielen SA-Trupps in einem groß angelegten Pogrom Mitte Oktober Hunderte von jüdischen Geschäften, Schulen, Synagogen, Häusern, zerstörten und plünderten<sup>78</sup>. Den ganzen Sommer hindurch, so Hans Reichmann, habe es in Berlin Razzien in jüdischen Cafés und Restaurants gegeben, bei denen die Gäste geschlagen und etliche verhaftet und erst nach Tagen oder sogar Wochen wieder freigelassen wurden<sup>79</sup>. In Nürnberg, München und Dortmund wurden die Synagogen unter großem öffentlichen Spektakel niedergerissen, wobei die Jüdischen Gemeinden die Abrißkosten zu tragen hatten. Der SD-Oberabschnitt Süd-West meldete Anfang Oktober, daß

<sup>75</sup> Harry Stein, *Juden in Buchenwald 1937–1942*, hrsg. von der Gedenkstätte Buchenwald, Weimar 1992, S. 24. Vgl. ebenfalls Leni Yahil, *Jews in Concentration Camps in Germany Prior to World War II*, in: *The Nazi Concentration Camps. Proceedings of the Fourth Yad Vashem International Historical Conference*, Jerusalem 1984, S. 69–100.

<sup>76</sup> Siehe im vorliegenden Band S. 87.

<sup>77</sup> Vgl. Wildt, *Gewalt gegen Juden*, S. 69–70.

<sup>78</sup> David Bankier, *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen. Eine Berichtigung*, Berlin 1995, S. 115.

<sup>79</sup> Siehe im vorliegenden Band S. 81–82.

es in verschiedenen württembergischen Orten zu antisemitischen Kundgebungen gekommen sei, wobei Fensterscheiben eingeschlagen und Juden bedroht worden seien<sup>80</sup>. Reichmann berichtet von der „unerträglichen Spannung im Volk“, die in jenen Tagen geherrscht habe. Im Hotel in Baden-Baden, in dem er und Eva sich zu dieser Zeit aufhielten, herrsche eine Stimmung wie in Thomas Manns Erzählung „Der Tod in Venedig“: „Im Wald irrt eine Frau umher, die im Gehen strickt. Die Angst hat sie hinaus getrieben, sie weiß kaum noch, was sie tut, sie hängt sich an fremde Menschen und erzählt zitternd von ihrer Qual: drei Söhne hat sie im Weltkrieg verloren und jetzt sind die beiden einberufen, die ihr geblieben sind.“<sup>81</sup>

Eine seit dem Frühjahr schwelende diplomatische Auseinandersetzung mit Polen führte im Oktober zu einer erneuten massenhaften, reichsweiten Polizeiaktion gegen Juden. Als Reaktion auf die antisemitische Absicht der polnischen Regierung, den im Ausland lebenden polnischen Staatsangehörigen, vor allem den polnischen Juden, die Staatsangehörigkeit abzuerkennen und durch entsprechende Paßvermerke die Wiedereinreise nach Polen zu verwehren, erließ Himmler am 26. Oktober ein Aufenthaltsverbot für polnische Juden und ordnete an, daß sie innerhalb von drei Tagen das Deutsche Reich zu verlassen hätten. In einer gezielten Großaktion nahm die Gestapo am 28. Oktober etwa 17 000 polnische Juden fest und verfrachtete sie an die polnische Grenze. Da Polen die Einreise dieser Menschen verweigerte, irrten sie im Niemandsland und in den Grenzorten umher, ohne jede Hilfe, Lebensmittel und sanitäre Möglichkeiten. Erst nachdem sich Polen und Deutschland nach einigen Tagen auf eine Verlängerung der Abschiebefrist verständigt hatten, brach Himmler die Aktion ab. Aber noch im Winter 1938/39 vegetierten Tausende von Flüchtlingen in überfüllten Lagern im deutsch-polnischen Grenzgebiet, bis eine Vereinbarung zwischen Polen und dem Deutschen Reich Ende Januar 1939 die Abschiebung des größten Teils dieser Menschen nach Polen verfügte<sup>82</sup>.

## VI.

Es war diese kalt kalkulierte und brutale Maßnahme, die den jungen Herschel Grynszpan, dessen Eltern zu den Deportierten gehörten, in Paris zum Attentat trieb und ihn am 7. November 1938 auf den deutschen Botschaftsangehörigen

<sup>80</sup> Meldung des SD-Oberabschnitts Süd-West, 6. 10. 1938; Sonderarchiv Moskau, 500/1/630, Bl. 5. Vgl. Wildt, Gewalt gegen Juden, S. 70–74.

<sup>81</sup> Siehe im vorliegenden Band S. 100.

<sup>82</sup> Vgl. dazu Trude Maurer, Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht“, in: Walter H. Pehle (Hg.), Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt am Main 1988, S. 52–73; sowie Sybil Milton, Menschen zwischen Grenzen: Die Polenausweisung 1938, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte, München 1990, S. 184–206.

Ernst vom Rath schießen ließ<sup>83</sup>. Die Reichsvertretung der deutschen Juden und der C.V. versuchten, wie Reichmann berichtet, die drohende Gefahr abzuwenden, indem sie in einem gemeinsamen Kondolenztelegramm an Hitler betonten, daß die deutschen Juden wie alle gesitteten Menschen den politischen Mord und das Attentat in Paris verabscheuten. Aber diejenigen in der NS-Führung, die auf eben eine solche Situation gewartet hatten, um endlich gegen die Juden loszuschlagen, waren keineswegs gewillt, sich noch aufhalten zu lassen. Am 9. November beging die NSDAP in München traditionell den Jahrestag ihres Putschversuchs 1923. Gegen neun Uhr abends brachte ein Bote Hitler die Nachricht vom Tode vom Rath in den Alten Rathaussaal, wo die Parteispitze ihren „Kameradschaftsabend“ feierte. Hitler sprach mit Goebbels, der, nachdem jener den Saal verlassen hatte, gegen zehn Uhr eine antisemitische Hetzrede hielt. Die anwesenden Parteiführer verstanden offensichtlich richtig, daß damit das Signal zum Losschlagen gegen die Juden gegeben worden war, und telefonierten umgehend mit ihren regionalen Organisationen. Noch in derselben Nacht begannen die Schlägertrupps aus Partei und SA ihre Zerstörungsaktionen<sup>84</sup>.

Was in den kommenden Stunden überall in Deutschland sich ereignete, übertraf an Brutalität, Vandalismus und Mordbereitschaft die bisherigen Pogrome bei weitem. Vor aller Augen schlugen die Trupps Fensterscheiben ein, plünderten Geschäfte, schlugen deren jüdische Besitzer zusammen, drangen in Wohnungen von Juden ein, verwüsteten die Einrichtung, mißhandelten die Bewohner und schreckten selbst vor Mord nicht zurück. Auf offener Straße wurden zahlreiche Menschen buchstäblich zu Tode geprügelt. Es gibt bis heute keine genauen Zahlen über das ganze Ausmaß der Zerstörungen, Plünderungen, Vergewaltigungen, Körperverletzungen und Ermordungen in diesen Tagen. Heydrich selbst bezifferte die Schäden in einem Brief an Göring vom 11. November verharmlosend auf 815 zerstörte Geschäfte, 29 in Brand gesetzte oder sonst verwüstete Warenhäuser, 171 zertrümmerte Wohnhäuser, 191 angezündete Synago-

<sup>83</sup> Zum Novemberpogrom siehe als zusammenfassende Darstellungen: Wolfgang Benz, Der Novemberpogrom 1938, in: Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, München 1988, S. 499–544; Hermann Graml, Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988, S. 9–37; Pehle (Hg.), Der Judenpogrom 1938; Dieter Obst, „Reichskristallnacht“. Ursachen und Verlauf des antisemitischen Pogroms vom November 1938, Frankfurt am Main u. a. 1991.

<sup>84</sup> Goebbels hielt in seinem Tagebuch zum 9. November fest: „In Kassel und Dessau große Demonstrationen gegen die Juden, Synagogen in Brand gesteckt und Geschäfte demoliert. Nachmittags wird der Tod des deutschen Diplomaten vom Rath gemeldet. Nun aber ist es gut. Ich gehe zum Parteiempfang im alten Rathaus. Riesenbetrieb. Ich trage dem Führer die Angelegenheit vor. Er bestimmt: Demonstrationen weiterlaufen lassen. Polizei zurückziehen. Die Juden sollen einmal den Volkszorn zu verspüren bekommen. Das ist richtig. Ich gebe gleich entsprechende Anweisungen an Polizei und Partei. Dann rede ich kurz dementsprechend vor der versammelten Parteiführerschaft. Stürmischer Beifall. Alles saust gleich an die Telefone. Nun wird das Volk handeln.“ (Joseph Goebbels Tagebücher 1924–1945. Hrsg. von Ralf Georg Reuth, München 1992, S. 1281–82).

gen, von denen 76 vollständig vernichtet wurden. Ferner seien 11 jüdische Gemeindehäuser in Brand gesetzt, 36 Juden getötet, ebenso viele verletzt worden<sup>85</sup>. Einen Tag später gab Heydrich bereits mehr als 7500 verwüstete Geschäfte an<sup>86</sup>. Die Zahl der Ermordeten lag sicher bei hundert<sup>87</sup>, nicht eingerechnet die zahlreichen jüdischen Toten unter den Häftlingen anschließend in den Konzentrationslagern.

Die SS und die Gestapo war an dem Pogrom nicht von vornherein beteiligt. Sowohl Heydrich als auch Himmler hatten Goebbels' Rede im Alten Rathausaal gar nicht gehört; Heydrich erfuhr von der Aktion gegen 23 Uhr im Hotel „Vier Jahreszeiten“, Himmler war zu dieser Zeit bei Hitler in dessen Privatwohnung und mußte erst um Mitternacht die traditionelle Vereidigung der SS-Rekruten vornehmen, ehe er Anweisungen geben konnte. Zu dieser Zeit war jedoch die Gestapo-Zentrale in Berlin bereits aktiv geworden. Kurz vor Mitternacht hatte der Gestapo-Chef Heinrich Müller an sämtliche Staatspolizeidienststellen ein geheimes Fernschreiben geschickt, in dem es hieß:

„1. Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. Jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen, dass Plünderungen und sonstige Ausschreitungen unterbunden werden können.

2. Sofern sich in Synagogen wichtiges Archivmaterial befindet, ist dieses durch eine sofortige Massnahme sicherzustellen.

3. Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20–30 000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. [...]“<sup>88</sup>

Um 1.20 Uhr ließ Heydrich seinerseits eine Fernschreiben an sämtliche Staatspolizei- und SD- Dienststellen verschicken, in dem er zum einen detailliert festlegte, die jeweiligen Leiter hätten in ihrem Bezirk dafür zu sorgen, daß deutsches Eigentum nicht beschädigt würde, jüdische Geschäfte zwar zerstört, aber nicht geplündert würden und ausländische Staatsangehörige nicht belästigt

<sup>85</sup> Heydrich an Göring, 11. 11. 1938; abgedruckt in: IMG, Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. 32, S. 1–2 (3058-PS).

<sup>86</sup> Stenographische, teilweise Niederschrift der Besprechung bei Göring, 12. 11. 1938, abgedruckt in: IMG, Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. 28, S. 499–540 (1816-PS).

<sup>87</sup> So berichtet Arno Hamburger, daß allein in Nürnberg 26 Menschen ermordet wurden oder aus Angst sich selbst töteten; Arno Hamburger, *Die Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 in Nürnberg*, in: Jörg Wollenberg (Hg.), „Niemand war dabei und keiner hat's gewußt“. Die deutsche Öffentlichkeit und die Judenverfolgung 1933–1945, München 1989, S. 21–25.

<sup>88</sup> Geheimes Fernschreiben Gestapa II, gez. Müller, an alle Stapostellen und -leitstellen, 9. 11. 1938 23.55 Uhr, abgedruckt in: IMG, Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. 25, S. 376–378 (374-PS). Daß dieses Fernschreiben, obwohl unabhängig entstanden, inhaltlich dem Fernschreiben Heydrichs eine gute Stunde später entsprach, stützt die Überlegung, daß schon vor dem November 1938 zumindest innerhalb des Polizeiapparates Absprachen über zentral gelenkte Massenverhaftungen von Juden bestanden haben.

würden. Zum anderen wies Heydrich die Gestapo- und SD-Stellen an, „in allen Bezirken so viele Juden – insbesondere wohlhabende – festzunehmen, als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können.“ Es seien zunächst nur „gesunde männliche Juden nicht zu hohen Alters“ zu verhaften und unverzüglich mit den zuständigen Konzentrationslagern Verbindung aufzunehmen, um die Verhafteten dorthin zu bringen<sup>89</sup>. Noch in derselben Nacht sandte Heydrich ein weiteres Blitz-Fernschreiben an alle Gestapostellen, daß gegen Plünderungen rücksichtslos vorzugehen sei<sup>90</sup>.

Obwohl Heydrich ausdrücklich angewiesen hatte, vornehmlich wohlhabende und nicht zu alte Juden zu verhaften, sah die Polizei in vielen Orten zu, möglichst rasch viele jüdische Männer zu ergreifen, egal, wie alt oder wie reich sie waren. So wurden sowohl Jugendliche, teilweise erst 15 oder 16 Jahre alt, als auch Greise, die über 70 Jahre alt waren, in die Konzentrationslager verschleppt. Zwar gab es gelegentlich auch Verhaftungen in höflichem Umgangston, aber vielerorts kam es zu Mißhandlungen und öffentlichen Verhöhnungen. Die SA- und SS-Männer erlaubten den Verhafteten in den frühen Morgenstunden nicht, sich anzuziehen, und zerrten die Menschen in Nachthemden und Hausschuhen durch die zum Teil mit Glasscherben übersäten Straßen. Überall wurden Juden geschlagen und getreten, mitunter so heftig, daß sie schwere, sogar tödliche Verletzungen erlitten.

Derlei brutale Mißhandlungen fanden öffentlich statt, in kleineren Orten inszenierten die örtlichen Parteifunktionäre den Abtransport der verhafteten Juden als regelrechte Umzüge durch die Stadt. Oftmals begleitete eine ganze Schar von Neugierigen den Zug, die sich nicht scheuten, den Marsch zum Bahnhof für die Opfer zum Spießbrutenlauf werden zu lassen. Als die verhafteten Frankfurter Juden zum Beispiel auf dem Südbahnhof eintrafen, empfing sie bereits eine johlende Menschenmenge, die sie mit Knüppeln und Stöcken verfolgte und zahlreiche Juden verletzte. Ganze Schulklassen wurden an manchen Orten aufgeboten, um das Schauspiel mitzuerleben und die Opfer anzuspucken oder zu schlagen<sup>91</sup>.

Die NS-Führung war von dieser Explosion der Gewalt offenbar selbst überrascht und mühte sich im Laufe des 10. November, wieder die Kontrolle zu gewinnen. Um 20 Uhr übertrugen alle Sender des Reichs einen Aufruf, die Aktionen einzustellen, nachdem schon die Nachmittagszeitungen einen entsprechenden Artikel Goebbels' veröffentlicht hatten. In einem Blitzferschreiben wies Heydrich die Gestapostellen an, in der Nacht mit der Ordnungspolizei Streifen

<sup>89</sup> Blitz-Fernschreiben Heydrichs an alle Staatspolizei- und SD-Dienststellen, 10. 11. 1938 1.20 Uhr, abgedruckt in: IMG, Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. 31, S. 515–518 (3051-PS).

<sup>90</sup> Blitz-Fernschreiben Heydrichs, 10. 11. 1938; ebda., S. 518–519. Zu den Verhaftungen siehe jetzt auch die Magisterarbeit von Heiko Pollmeier, *Die Inhaftierung deutscher Juden im November 1938*, TU Berlin (Masch.) 1995.

<sup>91</sup> Obst, „Reichskristallnacht“, S. 297–307.

zu organisieren, um weitere Aktionen zu verhindern. Allerdings sollten die Festnahmen von Juden ohne Einschränkung von der Gestapo fortgesetzt werden<sup>92</sup>. Hermann Göring machte zwei Tage später auf der Konferenz im Reichsluftfahrtministerium aus seinem Unmut über die Aktionen keine Hehl. Dabei bereiteten ihm weniger die Morde und die brutale Gewalt an Juden Sorgen als vielmehr die Zerstörung von Sachwerten. Er habe diese Demonstrationen satt, sagte er: „Sie schädigen nicht den Juden, sondern schließlich mich, der ich die Wirtschaft als letzte Instanz zusammenzufassen habe. [...] Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und nicht solche Werte vernichtet.“<sup>93</sup>

Für Reichmann und seine Kollegen aus den anderen jüdischen Hilfsorganisationen bestand die vordringlichste Aufgabe in den ersten Morgenstunden des 10. November darin, sich ein Bild von den Zerstörungen und der Dimension des Pogroms zu machen. Aus allen Teilen Deutschlands trafen Schreckensnachrichten in Berlin ein, und die Hauptstadt selbst war ein Ort schlimmster Ausschreitungen. Der Versuch von Leo Baeck und Otto Hirsch bei Hans-Heinrich Lammers, dem Chef der Reichskanzlei und einem der wichtigsten Beamten um Hitler, vorzusprechen, war ebenso vergeblich wie ein entsprechender Vorstoß zum Reichsinnenministerium. Die Spitzen der Beamten ließen sich verleugnen. Am Mittag des 10. November wurde das Büro des C.V. von der Gestapo geschlossen ebenso wie die Räume der Reichsvertretung in der Kantstraße. In der Wohnung von Ernst Herzfeld, dem Präsidenten des C.V., der sich gerade in Berlin befand, fand eine erste Lagebesprechung statt. Die Absicht, täglich zu gleicher Stunde an wechselnden Orten sich wieder zu treffen, wurde durch die Ereignisse zunichte gemacht, da zahlreiche jüdische Funktionäre, darunter Hirsch, Lilienthal und Reichmann noch am selben Tag verhaftet wurden<sup>94</sup>.

Hans Reichmann verließ das Gebäude des C.V. gegen Mittag und ging nach Hause, obwohl ihm klar war, daß Verhaftungen unmittelbar bevorstanden. „Aber Flucht“, so schrieb er, „kommt mir nicht ernsthaft in den Sinn“<sup>95</sup>. Am Nachmittag wurde er von zwei Polizeibeamten in Zivil angeblich zu einer Vernehmung abgeholt. 70 Reichsmark konnte er sich noch einstecken und kaufte davon Schokolade, Zigaretten und ein paar Lebensmittel. Zufällig kam Cora Berliner vorbei, der er noch eine Nachricht und Vollmacht für Eva Reichmann schreiben konnte. Dann fuhr das Auto mit den Verhafteten endgültig zum Polizeipräsidium.

<sup>92</sup> Blitz-Fernschreiben Heydrichs an alle Staatspolizei- und SD-Dienststellen, 10. 11. 1938, abgedruckt in: IMG, Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. 31, S. 519 (3051-PS).

<sup>93</sup> Stenographische Niederschrift, 12. 11. 1938, abgedruckt in: IMG, Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. 28, S. 499–540 (1816-PS), Zitat: S. 500, 518.

<sup>94</sup> Siehe im vorliegenden Band S. 114.

<sup>95</sup> Siehe im vorliegenden Band S. 116.

## VII.

Rund 365 000 jüdische Männer wurden im gesamten Deutschen Reich bis zum 16. November festgenommen und größtenteils in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald oder Sachsenhausen verschleppt<sup>96</sup>. Zusammen mit dem KZ Buchenwald, mit dessen Bau im Sommer 1937 begonnen worden war, bildete das KZ Sachsenhausen eines der neuen großen Konzentrationslager<sup>97</sup>. Im Juli 1936 hatte die SS mit der preußischen Regierung einen langfristigen Pachtvertrag über ein rund 76 Hektar großes Waldgelände im Forst Sachsenhausen bei Oranienburg nahe Berlin abgeschlossen, auf dem nach Himmlers Worten „ein vollkommen neues, jederzeit erweiterungsfähiges, modernes und neuzeitliches Konzentrationslager“ geschaffen werden sollte, das „allen Anforderungen und Erfordernissen nach jeder Richtung hin gewachsen ist und sowohl in Friedenszeiten sowie für den Mob.[ilisierungs]-Fall die Sicherung des Reiches gegen Staatsfeinde und Staatsschädlinge in vollem Umfang jederzeit gewährleistet“<sup>98</sup>. Schon Ende Juli 1937 begannen die ersten Häftlinge, Baracken zu bauen und den Wald zu roden. Im Frühjahr 1938 war der erste Bauabschnitt mit dem sogenannten Kleinen Lager, den Unterkünften für die SS und Werkstätten vollendet. Mit der Polizei-Aktion gegen sogenannte „Asoziale“ im Juni 1938 hatte das KZ Sachsenhausen eine Zahl von über 6000 Häftlingen erreicht<sup>99</sup>.

Nun trafen erneut Tausende von Häftlingen täglich in den Konzentrationslagern ein. In Buchenwald zum Beispiel kamen am 10. November 1525, am 11. November 3915, am 12. November 3360 und einen Tag später noch einmal 1019 Häftlinge an<sup>100</sup>. In Sachsenhausen wurden noch am 10. November morgens insgesamt 8359 Häftlinge gezählt, darunter nach wie vor über 5300 „Arbeitsscheue“, die seit der „Juni-Aktion“ hier gefangengehalten wurden. Eine gute Woche später waren, so meldete die Effektenverwaltung, 6471 Juden neu hinzugekommen, die Gesamtstärke betrug jetzt 14062 Häftlinge. Damit hatte sich die Häftlingszahl seit Juni mehr als verdoppelt!

Schon die ersten Stunden in den Konzentrationslagern waren eine Tortur. Harry Naujoks, Kommunist, Häftling und langjähriger Lagerältester des KZ Sachsenhausen, berichtet, daß die jüdischen Häftlinge völlig eingeschüchtert, geschunden und in großer Verwirrung ankamen: „Was wir wenige Monate vor-

<sup>96</sup> Genaue Zahlen der Verhaftungen liegen nicht vor. Aufgrund eines Berichts von Werner Best, dem Stellvertreter Heydrichs, vom 26. 11. 1938 geht man in der Regel von insgesamt 36000 inhaftierten Juden aus. Falk Pingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978, S. 94.

<sup>97</sup> Vgl. dazu Klaus Drobisch/Günther Wieland, System der NS-Konzentrationslager 1933–1939, Berlin 1993, S. 262–271.

<sup>98</sup> Zit. nach ebda., S. 262.

<sup>99</sup> Stärkemeldungen der Gefangenen-Geld- u. Effektenverwaltung vom 16. und 25. 6. 1938; Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen, R 201, M2, S. 165 und M3, S. 83.

<sup>100</sup> Stein, Juden in Buchenwald, S. 41.

her bei der ASO-Aktion erlebt hatten, wiederholte sich: Das Gebrüll der schlagenden und tretenden SS-Leute, das sinn- und ziellose Hin- und Herjagen der verzweifelten Neuankömmlinge. Und doch gab es wieder eine Steigerung: Die Menge der meist elegant Gekleideten, Belebten oder Brillenträger reizte die SS-Leute noch mehr auf.“<sup>101</sup> Hans Reichmanns ausführliche Schilderung der ersten Stunden im Lager geben einen Eindruck von der Brutalität der SS-Männer, die sich offensichtlich in einen Rausch der Gewalt hineinsteigerten<sup>102</sup>.

Die Häftlinge wurden in entsprechende Baracken getrieben, um sich registrieren zu lassen, anschließend wurden ihnen in der nächsten Baracke die Haare geschoren, die persönliche Habe und Kleidung abgenommen, dafür erhielten sie die zerschlissene, unzureichende Lagerkleidung. Im Bad traktierten SS-Leute sie mit einem scharfen Strahl eiskalten Wassers so sehr, daß ältere, herzschwache Häftlinge dem Tode nah zusammenbrachen. Dann folgte stundenlanges Warten in der Nacht auf dem Appellplatz, ohne Verpflegung und Möglichkeit der Notdurft; anschließend endloses Exerzieren in der Dunkelheit. Erst um zwei Uhr, acht Stunden nach ihrer Ankunft, wurden sie zu ihrem Block geführt. Für Hans Reichmann, Häftling Nr. 7687, begann die erste Nacht im KZ.

Tausende neuer Häftlinge wurden in den vorhandenen Baracken zusammengepfercht. In Dachau wie in Sachsenhausen hatte man die Betten ausgeräumt und den Boden mit Stroh bedeckt, auf dem die Männer nebeneinander eingezwängt liegen mußten. In Buchenwald wurde ein Notlager mit fünf Baracken für je 2000 Häftlinge in großer Hast errichtet. Es gab dort weder Decken noch Stroh, nur zwei provisorische Latrinen wurden ausgehoben, Waschen war nahezu unmöglich, außerdem herrschte Wassermangel. Der Durst und die katastrophalen hygienischen Bedingungen durchziehen nahezu sämtliche Erinnerungsberichte jüdischer Häftlinge aus dem KZ Buchenwald<sup>103</sup>.

Der tägliche Arbeitsdienst, den die Häftlinge in Sachsenhausen verrichten mußten, diente weit mehr der Erniedrigung und dem Zugrunderichten als ökonomischen Zwecken. „Die Arbeit“, schreibt treffend Wolfgang Sofsky, „sollte die Menschen beschädigen, ihre Widerstandskraft brechen. Sie war kein Mittel des Überlebens, sondern der absoluten Macht und des Terrors.“<sup>104</sup> Vor allem das gefürchtete Klinkerwerk, das in der Nähe des KZ Sachsenhausen im Sommer 1938 gebaut worden war und laut Befehl des Inspektors der Konzentra-

<sup>101</sup> Harry Naujoks, *Mein Leben im KZ Sachsenhausen 1936–1942. Erinnerungen des ehemaligen Lagerältesten*, bearbeitet von Ursel Hochmuth, Köln 1987, S. 91. Ähnliche Eindrücke berichten andere Häftlinge auch aus Buchenwald; vgl. die Auszüge aus Häftlingsberichten bei Rita Thalmann/Emmanuel Feinermann, *Die Kristallnacht*, Frankfurt am Main 1987, S. 165–187; ebenso Pollmeier, *Inhaftierung*, S. 59–63.

<sup>102</sup> Siehe im vorliegenden Band S. 120–130.

<sup>103</sup> Pollmeier, *Inhaftierung*, S. 68–69. Vgl. auch den eindringlichen Bericht Hans Bergers in: Monika Richarz (Hg.), *Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945*, Stuttgart 1982, S. 323–335.

<sup>104</sup> Wolfgang Sofsky, *Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager*, Frankfurt am Main 1993, S. 193.

tionslager, Theodor Eicke, jährlich 150 Millionen Ziegel produzieren sollte, bedeutete schwerste, sinnlose Qualen für die Häftlinge. Die Eisenbahnloren und die tonnenschweren Planierwalzen mußten von den Häftlingen selbst gezogen werden. Da es weder Schubkarren gab noch Schaufeln ausgeteilt wurden, zwang die SS die Häftlinge, die Jacken auf dem Rücken zu knöpfen und den Sand in der Schürze zu tragen. Wo die SS-Männer auftauchten, trieben sie das Arbeitstempo absichtlich hoch, bis die Häftlinge vor Erschöpfung zusammenbrachen. „Alles vollzog sich im Laufschrift, alles mußte rennen, mit Last und ohne Last“, erinnerte sich der ehemalige Häftling Arnold Weiß-Rüthel, der wie Hans Reichmann im Klinkerwerk arbeiten mußte. „Dort zogen Juden eine viele Tonnen schwere Walze über die abgebaute Tontrasse [...] Scharführer tobten und schlugen mit dicken Holzprügeln auf die ihnen nicht schnell genug laufenden Häftlinge ein. Menschen brachen zusammen unter der Last eiserner Träger, wurden wieder hochgerissen und schleppten ächzend weiter. [...] Hier wurden namentlich die Juden ‚fertiggemacht‘, wie das im Lagerjargon lautete.“<sup>105</sup>

Aber es war nicht die Grausamkeit allein, die den Schrecken des Konzentrationslagers ausmachte, sondern vor allem das Gefühl des absoluten Ausgeliefertseins und der Willkür. Die Strafen, die die Häftlinge erlitten, stellten nicht Sanktionen für Übertretungen eines von der SS aufgestellten Regelwerks dar, dem sich zu fügen die Chance bedeutet hätte, der Bestrafung zu entgehen. Im Gegenteil, die SS machte sich einen Spaß daraus, Strafen zu erteilen für Verstöße, die den Häftlingen gar nicht bekannt sein konnten. Reichmann schreibt in seinen Aufzeichnungen, daß man jederzeit Ohrfeigen oder Prügel bekommen konnte, weil man vielleicht eine Hand in der Hosentasche hatte. In einem Block hatte ein SS-Scharführer eine jüdischen Häftling nach dem Namen gefragt, den „einer von euch“ ermordet hat, und schrie, als er die richtige Antwort „vom Rath“ erhielt: „von Rath, du Drecksau!“ und bestrafte den Häftling mit dreißig Kniebeugen. Primo Levi schilderte, wie er in Auschwitz aus Durst einen Eiszapfen von der Baracke abbrechen wollte, als ein SS-Mann vorbeikam und ihm den Eiszapfen aus der Hand schlug. Levi fragte: „Warum?“ und erhielt zur Antwort: „Hier ist kein Warum.“<sup>106</sup>

Kaum ein anderer Satz könnte die Willkür und die absolute Ohnmacht der Häftlinge besser beschreiben: „Hier ist kein Warum.“ Es gab nicht einmal Verlaß auf den Terror, keine Berechenbarkeit der Gewalt. In jedem Moment, ohne erkennbaren Anlaß, konnten die Häftlinge Opfer der Gewalt werden. Hinzu kamen die Erniedrigung der Opfer und der Hohn der Täter. Es fällt in Reichmanns Erinnerungen auf, wie sehr ihn die Differenz zwischen den lebenserfah-

<sup>105</sup> Arnold Weiß-Rüthel, *Nacht und Nebel. Ein Sachsenhausen-Buch*, Berlin/Potsdam 1949, zit. nach Sachsenhausen. Dokumente, Aussagen, Forschungsergebnisse und Erlebnisberichte über das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen, hrsg. vom Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1974, S. 90–91.

<sup>106</sup> Primo Levi, *Ist das ein Mensch*, München 1992, S. 31.

renen, gebildeten, in früheren Zeiten hoch geachteten Häftlingen und ihren ungehobelten, jugendlich-unverschämten, rohen Peinigern schmerzte. Wie jung die SS-Leute tatsächlich auch gewesen sein mögen, in Reichmanns Wahrnehmung waren es vornehmlich Achtzehn- und Zwanzigjährige, die mitteillos, ohne Achtung des Alters und der einstigen sozialen Stellung auf ihre Opfer einschlugen und sie verhöhnten: „Ein zwanzigjähriger Junge befiehlt: ‚Mal hopsen‘ und läßt einen sechzigjährigen Juden wie einen Frosch springen. Der Alte wird rot, er ächzt, die Luft geht ihm aus, Tränen stehen ihm in den Augen, er kippt um, aber er muß sich wieder erheben und in Kniebeuge weiterhüpfen, bis ihn endlich der Abmarschbefehl befreit. Was mag sich die kleine Bestie bei dem Kommando ‚mal hopsen‘ denken? Vielleicht gar nichts, vielleicht so viel wie in dem Augenblick, wo sie ein Steinchen fortscharrt oder ein Stäubchen abputzt. Eine ganz bedeutungslose Sache: ‚mal hopsen‘. Daß ein alter Mann gedemütigt wird, daß ihm die Tränen in den Augen stehen, was schert das den jungen Kämpfer von der Totenkopf-Standarte?“<sup>107</sup>

Harry Naujoks berichtet in seinen Erinnerungen, wie sehr sich die SS auf die jüdischen Häftlinge konzentrierte: „Die Angst, die Unbeholfenheit und Unerfahrenheit ihrer Opfer regten die SS-Leute besonders an, diese Menschen zu quälen. [...] Als im Winter hoher Schnee lag, mußten vorwiegend die jüdischen Häftlinge den Schnee mit den Bänken aus den Wohnräumen ihres Blocks zusammenschieben, dann mit bloßen Händen den Schnee auf Tragen laden und wegtragen. Vielen erfroren Hände und Füße.“<sup>108</sup> Wenn die jüdischen Häftlinge nicht bereit waren, „Arisierungsverträge“ für ihre Geschäfte oder Betriebe zu unterschreiben, wurden sie bis an den Rand des Todes gequält, bis sie jeglichen Widerstand aufgaben. „Eine andere Methode war folgende: Zum Transport eines dicken Baumstammes wurden sechs, acht und mehr Juden, je nach Stärke des Baumes, zusammengestellt. Während des Transportes nahm der SS-Mann nach und nach einen heraus. Die letzten hatten dann zu wählen: Entweder unter dem Baumstamm zusammenbrechen – oder zu unterschreiben.“<sup>109</sup>

Ebenso hält Reichmann viele Episoden fest, in denen politische Häftlinge oder sogenannte BVer, „Berufsverbrecher“ mit dem grünen Winkel am Häftlingsdrill, die besondere Grausamkeit der SS gegenüber den Juden hervorhoben. Daraus entstanden offenbar nicht selten Gesten der Solidarität mit jüdischen Häftlingen, die Reichmann bewegt schildert: Der „Gewohnheitsverbre-

<sup>107</sup> Siehe im vorliegenden Band S. 194.

<sup>108</sup> Naujoks, *Mein Leben im KZ Sachsenhausen*, S. 92–93.

<sup>109</sup> Ebda., S. 92. Zur besonderen Grausamkeit jüdischen Häftlingen gegenüber siehe auch das Kapitel „Jüdische und politische Häftlinge“ in ebda., S. 39–45. Schon in einem frühen Bericht über das KZ Dachau wird auf diesen rassistischen Unterschied in der Behandlung der Häftlinge hingewiesen: Als Jude in Dachau, in: *Konzentrationslager. Ein Appell an das Gewissen der Welt*, Karlsbad 1934, S. 77–89. Falk Pingel stellt fest, daß „keine andere Häftlingsgruppe mit gleicher Rigorosität und Brutalität behandelt worden [ist]“. Pingel, *Häftlinge unter SS-Herrschaft*, S. 94.

cher“ aus Berlin, der einem jüdischen Rechtsanwalt, der von einer Nierenkolik geschüttelt wird, für die Nacht seinen Mantel leiht, oder der Kolonnenführer, der den zusammenbrechenden jüdischen Häftling zur Latrine schickt, um ihm einen kurzen Moment des Atemholens zu verschaffen, und den körperliche Arbeit nicht gewohnten Richtern, Justitiaren, Professoren oder Kaufleuten wertvolle Ratschläge gibt, die Strapazen zu überleben. Doch konnten solche Gesten der Menschlichkeit inmitten des Terrors die besondere Gewalt gegen die Juden nicht mindern. Die nüchternen Zahlen der Todesfälle im Jahr 1938 sprechen eine eindeutige Sprache: In Sachsenhausen starben im Juni und Juli 1938 allein 28 jüdische Häftlinge, von August bis Oktober 10 Juden, und zwischen dem 10. November und 31. Dezember stieg die Zahl der jüdischen Toten auf 50<sup>110</sup>. Reichmanns Angaben liegen noch höher; zu bedenken ist jedoch einerseits, daß er die Zahl der Toten nur vom Hörensagen erfahren hat<sup>111</sup>. Andererseits sind die offiziellen Statistiken zum Teil verlorengegangen, so daß die Zahl der Toten tatsächlich höher liegen kann, als die vorhandenen Unterlagen ausweisen. Doch unabhängig von Vorbehalten gegenüber den überlieferten Zahlenangaben ist die Tendenz unzweideutig: Mit dem Eintreffen der jüdischen Häftlinge in die Lager im Juni und November 1938 stieg die Zahl der Toten sofort rapide an; gegen die Juden entlud sich der Haß und die Gewalt der SS in einer zuvor nicht bekannten Weise.

Es steht dahin, ob in diesen Exzessen ein dem gesamten deutschen Volk naturgemäß innewohnender eliminatorischer Antisemitismus zum Ausdruck kommt<sup>112</sup>. Daß die besondere Grausamkeit, mit der die SS ihre jüdischen Opfer peinigte, von einem spezifischen, antisemitischen Haß bestimmt war, kann schlechterdings nicht bestritten werden. Hans Reichmanns ausführliche und erschütternde Schilderung seiner Lagerhaft in Sachsenhausen zeigt, wie gewalttä-

<sup>110</sup> Namensliste ermordeter jüdischer Häftlinge; Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen, R 79/3 b. Ich danke Frau Silvia Nickel, Gedenkstätte Sachsenhausen, sehr herzlich für die Bereitstellung der entsprechenden Daten.

<sup>111</sup> Im Prozeß gegen ehemalige SS-Aufseher des KZ Sachsenhausen nach dem Krieg berichtete Reichmann ausführlich und präzise über die Grausamkeiten der SS, sagte aber zugleich aus, daß er persönlich keinen Mord miterlebt habe. Bonner Rundschau, 10.1.1959.

<sup>112</sup> Daniel J. Goldhagen hat mit dieser These und seinem Buch „Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust“ 1996 viel Aufsehen erregt. Zur wissenschaftlichen Debatte um Goldhagens Buch vgl. vor allem Dieter Pohl, Die Holocaust-Forschung und Goldhagens Thesen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Heft 1, 1997, S. 1–48; sowie Ruth Bettina Birn (in Zusammenarbeit mit Volker Rieß), Revising the Holocaust, in: Historical Journal, Vol. 40, No. 1, March 1997, S. 195–215. Ohne die Diskussion um Goldhagens Thesen an dieser Stelle erneut zu führen, scheint mir, daß Saul Friedlander in seinem jüngsten Buch die intellektuell wie analytisch weit anregendere Überlegung angestellt hat, es habe sich um einen „redemptive anti-semitism“ (Erlösungsantisemitismus) gehandelt: „Hitler relentlessly repeated a story of perdition caused by the Jew, and of redemption by a total victory over the Jew.“ Friedlander, Years of Persecution, S. 99.

tig und mörderisch der Antisemitismus zumindest in den Konzentrationslagern schon ein Jahr vor dem Kriegsbeginn war. Die „Entregulierung“ der deutschen Gesellschaft in der NS-Diktatur und die „Entgrenzung“ von alltäglicher Gewalt, die, wenn es gegen „die Juden“ ging, nicht mehr mit Strafverfolgung rechnen mußte, sondern im Gegenteil durch Parteiinstanzen ermutigt wurde, leistete einem tätlichen Antisemitismus Vorschub, der vordem nur in den Köpfen spukte. Der Terror „von oben“ wurde getragen von einer antisemitischen Gewalt „von unten“, die, obgleich sicher nicht von allen Deutschen geteilt, doch von vielen geduldet wurde<sup>113</sup>. Schon vor dem Novemberpogrom war die Atmosphäre der deutschen Gesellschaft antisemitisch gewalttätig aufgeladen; die Bereitschaft, die Juden anzugreifen, ihre Synagogen zu zerstören, Menschen zu demütigen, zu mißhandeln oder gar ganze Familien aus den Dörfern zu vertreiben, war nicht mehr allein das Werk weniger. Nirgends rührte sich mehr eine Hand, um den tödlich bedrohten Menschen zu helfen. Die Vertreibung der deutschen Juden aus ihrer Heimat war nicht zuletzt deshalb möglich, weil sich ihre Nachbarn bereits von ihnen abgewandt hatten.

## VIII.

Die Verhaftung der jüdischen Männer im November 1938 war von Beginn an nicht als dauerhafte Maßnahme geplant, sondern diente dem Raub des Vermögens und der Vertreibung aus Deutschland. Doch führte die vorübergehende Inhaftierung von Zehntausenden zu einer immensen Überbelegung der Konzentrationslager, die selbst die SS-Führung nach einigen Wochen zu beunruhigen begann. Der Leiter des Sanitätswesens der SS, Dr. Grawitz, sprach Ende November im Reichsfinanzministerium vor, um Mittel zur Besserung der hygienischen Verhältnisse in den Lagern zu erhalten, und erklärte, daß „die Konzentrationslager derart überbelegt seien, daß es ans Unerträgliche grenze. Es bestehe bereits Seuchengefahr.“<sup>114</sup>

Zugleich sorgte die Führung der Sicherheitspolizei dafür, daß durch vorzeitige Entlassungen der Druck auf die Konzentrationslager nachließ. Am 16. No-

<sup>113</sup> Werner Jochmann schrieb bereits zu einem frühen Zeitpunkt in einem seiner zahlreichen Aufsätze zum Antisemitismus, daß man der Frage nicht ausweichen dürfe, „wie weit Hitler mit seiner Politik, Deutschland ‚judenfrei‘ zu machen, das deutsche Volk nicht doch weithin repräsentiert hat“. Werner Jochmann, *Die deutsche Bevölkerung und die nationalsozialistische Judenpolitik bis zur Verkündung der Nürnberger Gesetze*, in: Ders., *Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945*, Hamburg 1988, S. 236–254, Zitat: S. 254.

<sup>114</sup> Zit. nach Martin Broszat, *Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933–1945*, in: Hans Buchheim/Martin Broszat/Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Krausnick, *Anatomie des SS-Staates*, Band II, Olten und Freiburg 1965, S. 95.

vember ordnete Heydrich an, die Verhaftungen einzustellen<sup>115</sup> und Juden über 60 Jahre sowie Kranke und Behinderte, soweit sie sich noch in Polizeihaft befanden, zu entlassen. All diejenigen Juden, die zu „Arisierungsverhandlungen“ benötigt würden, sollten ebenfalls freigelassen werden. „Arisierungsverhandlungen dürfen durch die Inschutzhaftnahme der Besitzer oder Teilhaber nicht gestört werden. Im Interesse der erwünschten Arisierungen ist hierbei großzügig zu verfahren.“<sup>116</sup> Ende November kam der Befehl heraus, alle jüdischen Häftlinge, die im Ersten Weltkrieg Frontkämpfer gewesen waren, freizulassen; am 12. Dezember folgte die Anweisung, alle jüdischen Häftlinge über 50 Jahre zu entlassen<sup>117</sup>.

Ab Ende November wurden in Sachsenhausen in der Regel täglich etwa 150 bis 200 jüdische Häftlinge freigelassen. Am längsten blieben die Männer zwischen 20 und 50 Jahren in Haft<sup>118</sup>. Ende Dezember waren von den ehemals über 6400 Juden noch 1064 im KZ Sachsenhausen gefangen<sup>119</sup>. Bis Frühjahr 1939 wurden fast alle jüdischen Häftlinge, die im November verhaftet worden waren, entlassen. Für die Häftlinge in den Lagern blieben die Kriterien der Entlassung undurchsichtig und bildeten ein ständiges Gesprächsthema. Reichmann berichtet, wie die plötzliche Entlassung jüdischer Schauspieler, die aufgrund einer Intervention Goebbels' geschah, damit der Jüdische Kulturbund seine Arbeit wiederaufnehmen und der deutschen wie internationalen Öffentlichkeit kulturellen jüdischen „Alltag“ vorspielen konnte, sofort die Gerüchte auf baldige Freilassung auch der übrigen Häftlinge schürte<sup>120</sup>. Jeder außerhalb der Reihe befohlene Appell ließ die Hoffnung keimen, jetzt würden Entlassungen angekündigt. Der Satz aus einem Brief an einen Häftling, daß in den Zeitungen gestanden habe, zum 15. Dezember würden alle Juden aus den Lagern freigelassen, entfachte heftige Diskussionen, ob man der Sache glauben dürfe oder nicht.

Immer mehr Freunde und Kameraden um Hans Reichmann wurden entlassen; er selbst versuchte die Furcht, vielleicht vergessen worden zu sein oder aufgrund seines aktiven Kampfes gegen die Nationalsozialisten vor 1933 für lange Zeit im KZ gefangengehalten zu werden, zu bekämpfen. Aber man kann in seinen Aufzeichnungen die Angst ahnen, die ihn in diesen letzten Tagen in Sachsenhausen umtrieb: „Wohin die Gedanken auch eilen, die Wirklichkeit zwingt sie wieder zurück und unaufhörlich hämmert es: Entlassung! Entlassung? [...]

<sup>115</sup> Blitzfernschreiben Heydrichs an alle Stapostellen, 16. 11. 1938, abgedruckt in: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933–1941, hrsg. von Kurt Pätzold, Leipzig 1983, S. 183–184 (Dok. 144).

<sup>116</sup> Rundverfügung der Staatspolizeistelle Kassel, 17. 11. 1938; abgedruckt in: Kropat, Kristallnacht in Hessen, S. 172–173 (Dok. 63).

<sup>117</sup> Walk, Sonderrecht, III 36, 64.

<sup>118</sup> Pollmeier, Inhaftierung, S. 87. Ähnliches gilt für Buchenwald und Dachau.

<sup>119</sup> Die Gesamthäftlingszahl lag bei 8 419, darunter nach wie vor 4 753 sogenannte „Arbeitsscheue“; (Stärkemeldung der Gefangenen-Geld- u. Effektenverwaltung vom 29. 12. 1938; Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen, R 201, M 4, S. 123.

<sup>120</sup> Siehe im vorliegenden Band S. 184.

Ich ziehe die Decke über den Kopf und versuche wieder einzuschlafen. Ruhelos döse ich, bis vom Kanal her fauchend und heulend der Ton der Dampfersirene kommt, erst mühsam stoßend, dann langgezogen. Mir scheint es, als preßte sich das tutende Stöhnen aus unserer Brust; denn in diesem Augenblick wird uns gewiß, daß in zwanzig Minuten die Tragödie eines neuen Tages beginnt.“<sup>121</sup>

Hans Reichman blieb auch jetzt noch unschlüssig, ob er auswandern sollte. Fast hatte Eva Reichmann seine Freilassung durch ein Ausreisevisum samt Schiffspassage für Paraguay erreicht, als sie erfuhr, daß die Papiere auf irgendeinem Gestaposchreibtisch liegengeblieben waren und die Passage mittlerweile verfallen war. Dann erwirkte sie ein Permit nach England und stellte einen erneuten Antrag auf Entlassung, dem die Gestapo-leitstelle Berlin stattgab, der nun aber wegen der Weihnachtstage erst Ende Dezember ausgeführt wurde.

Endlich, am 28. Dezember 1938, kam Hans Reichmann nach sieben Wochen KZ-Haft wieder frei. Wie die Entlassenen vor ihm wurde er verpflichtet, über die Erlebnisse im Lager zu schweigen, und mußte einen entsprechenden Revers unterzeichnen, mit dem er unter anderem versicherte, daß er keinen körperlichen Schaden erlitten habe, gesund das Lager verlasse und keinerlei Schadensansprüche gegen den Staat erheben werde. „Am Kommandanturgebäude öffnet der Begleitposten den Schlagbaum. Kein Wort, kein Gruß, – wir stehen in der Freiheit.“<sup>122</sup>

Wohin gehen? Die Menschen eilten vorbei, achteten nicht auf die Häftlinge, die durch Kleidung und Aussehen doch unzweifelhaft zu erkennen waren, wandten ihren Blick ab, teilnahmslos. Sicher gab es auch vereinzelte Gesten des Mitgeföhls: Entlassene aus Buchenwald erhielten in einer Dorfgaststätte eine warme Mahlzeit, in Oranienburg bekam ein Häftling in einer Konditorei Kaffee und Kuchen geschenkt, in den Zügen wurden ab und zu Sitzplätze angeboten<sup>123</sup>. Aber die Regel waren solche Zeichen des Mitleids nicht. Die Häftlinge kehrten in ihre Heimatsorte zurück und mußten erkennen, daß nichts mehr so war wie bisher. Zwar waren die Scherben weggeräumt, aber die vernagelten Schaufenster und vor allem die Menschen, die achtlos daran vorbeiliefen und ihren Alltag lebten, als sei nichts geschehen, zeigten den Heimkehrern aus den Konzentrationslagern, daß sie ihre Heimat verloren hatten. In diesem Deutschland durften sie nicht mehr leben, die meisten wollten es auch nicht mehr.

Viele Juden konnten sich glücklich schätzen, überhaupt noch eine Ausreisemöglichkeit zu bekommen. Zu Beginn der dreißiger Jahre war nicht nur Deutschland, sondern auch das übrige westliche Ausland von der Weltwirtschaftskrise schwer betroffen. An weiteren Einwanderern, die die Zahl der Arbeitslosen noch erhöht hätte, war keinem der möglichen Einreiseländer gelegen. Die Einwanderungsquoten waren stark beschränkt, und nur diejenigen be-

<sup>121</sup> Siehe im vorliegenden Band S. 230.

<sup>122</sup> Siehe im vorliegenden Band S. 240.

<sup>123</sup> Pollmeier, Inhaftierung, S. 92.

saßen eine Chance, die entweder über eine fundierte praktische Ausbildung als Handwerker oder über genügend Kapital verfügten, sich gewissermaßen ihre Einreiseerlaubnis erkaufen konnten. So blieb vor allem Palästina, und tatsächlich nahm Palästina von 1933 bis 1936 mehr deutsch-jüdische Auswanderer auf als jedes andere Land, obwohl die britische Mandatsmacht die Zuwanderung restriktiv beschränkte<sup>124</sup>.

Auch später, als die wirtschaftliche Lage sich gebessert hatte, wurde die Bereitschaft des Auslands, die verfolgten deutschen Juden aufzunehmen, nicht größer. Die internationale Konferenz im französischen Kurort Evian am Genfer See im Juli 1938, die vom US-Präsidenten Roosevelt einberufen worden war, um mehr Emigrationsmöglichkeiten für die deutschen Juden zu schaffen, offenbarte, daß kaum ein Land war bereit, zusätzliche Einwanderer hereinzulassen. Unter dem Eindruck des Novemberpogroms erhöhte England glücklicherweise seine Einwandererquote einmalig um 40 000 Menschen und nahm zahlreiche jüdische Kinder auf, die zwar von ihren Eltern in Deutschland getrennt wurden, aber überlebten. Ansonsten waren die Chancen gering, ohne Hilfe aus den entsprechenden Ländern ein Auswanderungsland zu finden. Nur noch Shanghai erhob keine besonderen Auflagen für Immigranten, und einige ärmere südamerikanische Länder wie Nicaragua, Paraguay, Uruguay oder Bolivien ließen jüdische Einwanderer unter bestimmten Bedingungen, vor allem wenn sie Kapital mitbrachten, ein. Hans Reichmann erzählt den bitterbösen Witz, der unter den deutschen Juden kursierte: Ein Jude, der aus dem KZ entlassen worden ist, geht zum Hilfsverein und bittet darum, ein Land zu nennen, in das er auswandern könne. Der Berater dreht den Globus und fährt mit dem Finger vergeblich von Ost nach West, von Nord nach Süd. „Und sonst haben Sie nichts?“ fragt der Hilfesuchende<sup>125</sup>.

Wie die meisten anderen aus dem KZ Entlassenen hatte sich Reichmann bei der Gestapo zu melden. Auf die Frage nach seiner Auswanderung wich er aus und hatte Glück, daß sich der Beamte mit seiner Antwort, im Laufe des Jahres auszureisen, zufriedengab. Denn viele der ehemaligen jüdischen Häftlinge mußten innerhalb von nur wenigen Wochen Deutschland verlassen. Aber es gab für Hans Reichmann nichts mehr zu tun in Deutschland; der C.V. war verboten, das Büro versiegelt, die Aufgabe der von der Gestapo geschaffenen „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ hieß Liquidation<sup>126</sup>. Zwar er-

<sup>124</sup> Zur Auswanderung siehe Herbert A. Strauss, *Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses*, in: *Yearbook of the Leo Baeck Institute*, 25 (1980), S. 313–361 und 26 (1981), S. 343–409; sowie Susanne Heim, „Deutschland muß ihnen eine Land ohne Zukunft sein“. Die Zwangsemigration der Juden 1933–1938, in: *Arbeitsmigration und Flucht (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 11)*, Berlin/Göttingen 1993, S. 48–81. Susanne Heim arbeitet derzeit an einer umfassenden Studie zur Emigration der deutschen Juden.

<sup>125</sup> Siehe im vorliegenden Band S. 261.

<sup>126</sup> Vgl. Hildesheimer, *Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime*, S. 77–93.

hielt Reichmann das ehrenvolle Angebot, im engsten Führungskreis der Reichsvereinigung zusammen mit Leo Baeck, Otto Hirsch, Cora Berliner, Arthur Lilienthal den in Deutschland verbliebenen Juden beizustehen. Aber, so Reichmann, „die neue Aufgabe birgt keine Reiz. Jeden Tag überdenken wir den Entschluß, den schwersten unseres Lebens, den wir fassen müssen: dem Feind zu weichen. Am Morgen scheint er uns festzustehen, weil ich ‚gezeichnet‘ bin und der Beruf uns genommen ist, am Abend werden wir wankend, ob wir den Sprung ins Dunkel wagen sollen.“<sup>127</sup>

Darüber hinaus mußte er ständig gewärtig sein, daß die Gestapo die politischen Akten über ihn zum Anlaß nahm, ihn erneut zu verhaften. So wurde zum Beispiel Kurt Sabatzky, der jahrelang die C.V.-Geschäftsstelle in Leipzig führte, in dem Moment, als er einen neuen Posten bei der Reichsvereinigung übernehmen wollte, von der Gestapo überprüft mit dem Ergebnis, daß ihm jegliche Tätigkeit in Deutschland verboten wurde. Alfred Hirschberg hatte inzwischen Deutschland ebenso verlassen wie der bisherige Präsident des C.V., Ernst Herzfeld. Freunde und Kollegen rieten Reichmann dringend, gleichfalls auszureisen. Über einen korrupten Beamten versuchte er, Kenntnis von seiner Personalakte bei der politischen Polizei zu erlangen, und erhielt nach wenigen Tagen die Auskunft, er könne von Glück sagen, überhaupt aus dem Konzentrationslager entlassen worden zu sein. „Diese Eröffnung“, schreibt Hans Reichmann, „hebt den letzten Zweifel auf und festigt unseren Entschluß, die Brücken abubrechen. Wir entschließen uns – auszuwandern.“<sup>128</sup>

Wie auf alle jüdischen Emigranten warteten auch auf Hans und Eva Reichmann nun noch unzählige Gänge und bürokratische Prozeduren, Formulare und Erklärungen. Ihre Wohnung war bereits gekündigt worden, den Schmuck, die Silbergeräte und die goldenen Erbstücke hatten sie ebenfalls schon abgeben müssen. Die sogenannte „Judenvermögensabgabe“, die als „Sühneleistung“ allen deutschen Juden in Höhe von 1 Milliarde Reichsmark auferlegt worden war<sup>129</sup>, war für Reichmann auf ein Vermögen berechnet worden, das er gar nicht mehr besaß. Als er eine entsprechende Vermögensminderung geltend machen wollte, wurde ihm kühl beschieden, dies hätte er bis zum 31. Dezember 1938 tun sollen. Sein Hinweis, daß er erst am 28. des Monats aus dem KZ entlassen wor-

<sup>127</sup> Siehe im vorliegenden Band S. 264.

<sup>128</sup> Siehe im vorliegenden Band S. 266.

<sup>129</sup> Unmittelbar nach dem Novemberpogrom am 12. 11. 1938 erließ Göring sowohl eine „Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben“ (RGBl I, S. 1581), die die jüdischen Ladenbesitzer zwang, die von den nationalsozialistischen Schlägertrupps angerichteten Schäden auf eigene Kosten zu beheben, als auch eine „Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit“ (RGBl I, S. 1579), die wegen der „feindlichen Haltung der Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich, die auch vor feigen Mordtaten nicht zurückschreckt“, den deutschen Juden eine Kontribution von 100 Millionen Reichsmark auferlegte, die eine Woche später auf 1 Milliarde Reichsmark aufgestockt wurde. Vgl. Adam, Judenpolitik, S. 209–216.

den sei, nutzte nichts. Erst als er 500 RM an einen „Mittelsmann“ zahlte, gab das Finanzamt seine Bedenken auf. Korruption und Bereicherung waren, wie Reichmann eindrücklich beschreibt, in deutschen Amtsstuben die Regel geworden<sup>130</sup>.

„Reichsfluchtsteuer“, „Golddiskontabgabe“, „Auswanderungssteuer“, Devisenstelle, Zollfahndungsstelle, Wertpapierstelle, steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigungen, Packerlaubnis, Beglaubigungen, Betätigungen – „jeden Tag habe ich neue Behördenstellen ‚anzulaufen‘, und ich erfahre die Bitterkeit jenes Scherzworts, daß die Juden nicht ‚ihre Auswanderung betreiben‘, sondern ‚ihre Austreibung bewandern‘. In der Mühle der Brandschatzung und der Korruption verlieren wir mehr als die Hälfte unseres Vermögens. Den Rest überlassen wir Verwandten, die gezwungen sind, im deutschen Ghetto zu bleiben.“<sup>131</sup> Am 11. April 1939 verließen Hans und Eva Reichmann Deutschland.

## IX.

Es ist heute kaum noch möglich, den Verlust, die Enttäuschung und die Bitterkeit zu verstehen, die deutsche Juden bei ihrer Vertreibung aus Deutschland empfunden haben. Deutsche Kultur, deutscher Geist, Humanität und Freiheitsgesinnung der deutschen Klassik – all das, mit dem sie sich engstens verbunden fühlten und an dessen Beständigkeit sie glaubten, hatte sich nun als brüchiger Firnis erwiesen. Das deutsche Bürgertum hatte nicht nur zu den Untaten des nationalsozialistischen Regimes geschwiegen, es marschierte blindlings in den braunen Reihen mit. „Vielleicht ist es die historische Schuld der deutschen Juden“, resümierte Hans Reichmann, „im Deutschland des 20. Jahrhunderts an die Wirklichkeit jener Gedanken geglaubt zu haben, denen sich der deutsche Bürger entfremdet, die er vielleicht nie besessen hatte.“<sup>132</sup>

Reichmann selbst mochte auch im Angesicht des Krieges nicht von der Hoffnung lassen, zu einem fernerem Zeitpunkt in ein neues, besseres Deutschland zurückzukehren. Es sollte nicht mehr dazu kommen. Am 30. Januar 1939 hatte Hitler im Reichstag den Juden gedroht, falls es zum Krieg käme, werde das Ergebnis nicht die „Bolschewisierung der Erde“, sondern die „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ sein. Im März 1939 besetzte Deutschland unter Verletzung des Münchener Abkommens den restlichen Teil der Tschechischen Republik, ein halbes Jahr später überfiel es Polen. Damit gerieten über drei Millionen polnische Juden unter deutsche Herrschaft, denen von Beginn an nicht Auswanderung, sondern Deportation, Ghettoisierung und Tod bestimmt worden war. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941, von dessen Beginn

<sup>130</sup> Siehe im vorliegenden Band S. 260.

<sup>131</sup> Ebda., S. 266–267.

<sup>132</sup> Ebda., S. 272.

an die Einsatzgruppen der SS, aber auch Einheiten der Wehrmacht, die sowjetischen Juden zu Hunderttausenden ermordeten, wurden auch die deutschen Juden in die Mordpläne einbezogen.

Noch war beabsichtigt, die Deportation der deutschen Juden nicht vor dem Kriegsende durchzuführen, aber die Gauleiter der Großstädte Berlin, Hamburg und Wien drängten, um freie Wohnungen für die ausgebombten „Volksgenossen“ zu bekommen und ihre Städte „judenfrei“ melden zu können. Im September 1941 fiel die Entscheidung: Die deutschen Juden sollten noch vor dem Kriegsende in den Osten deportiert werden<sup>133</sup>. Mitte Oktober rollten die ersten Transporte mit deutschen Juden, darunter über 4000 aus Berlin, in das Ghetto Lodz. Am 23. Oktober verbot das Reichssicherheitshauptamt jede Ausreise von Juden aus Deutschland, einen Tag später unterzeichnete der SS-General und Chef der Ordnungspolizei Kurt Daluege einen Deportationsbefehl für weitere rund 50 000 Juden aus dem Deutschen Reich, Österreich und Tschechien nach Riga und Minsk. Am 30. November traf der erste Transport aus Berlin mit rund 1 000 Menschen in Riga ein, die sogleich mit 15 000 lettischen Juden aus dem Rigaer Ghetto in den nahegelegenen Rumbuli-Wald geführt und dort erschossen wurden<sup>134</sup>.

Hans Reichmann blieb in England und kehrte nicht nach Deutschland zurück. Er arbeitete, nachdem er in der zweiten Jahreshälfte 1940 als Staatsangehöriger einer feindlichen Macht wie viele andere deutsche Juden auf der Isle of Man interniert worden war, bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges als Hauslehrer in Cambridge. Dort leitete er die Ortsgruppe der Association of Jewish Refugees (AJR), die bald zu den aktivsten im Lande gehörte. Bei Kriegsende wurde er mit der Leitung des Londoner Büros der Hebrew Sheltering and Immigrant Aid Society (HIAS) betraut. 1949 übernahm er von Kurt Alexander, der in die USA ausgewandert war, zusammen mit Fritz Goldschmidt das Sekretariat des United Restitution Office (URO). Als diese Organisation 1955 als United Restitution Organization neu gegründet wurde, leitete Hans Reichmann deren Geschäfte bis zu seinem Tode 1964 als Generalsekretär.

Hans Reichmann wurde einer der führenden Anwälte für die Interessen deutscher Juden in Wiedergutmachungsangelegenheiten. Mit allem Nachdruck vertrat er den Grundsatz, daß die Juden aus Deutschland, vertreten durch ihre Organisationen, die eigentlichen Erben des erstatteten erbenlosen und den früheren jüdischen Gemeinden geraubten Eigentums seien oder zumindest neben den jüdischen Weltorganisationen Anspruch auf einen Teil dieser Werte besä-

<sup>133</sup> Vgl. dazu Peter Witte, Zwei Entscheidungen in der „Endlösung der Judenfrage“: Deportationen nach Lodz und Vernichtung in Chelmno, in: Miroslav Kárny/Raimund Kemper/Margita Kárná (Hg.), Theresienstädter Studien und Dokumente 1995, Prag 1995, S. 38–68.

<sup>134</sup> Zu den Deportationen der deutschen Juden im Herbst 1941 vgl. H.G. Adler, Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974, S. 168–186; sowie Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt am Main (durchgesehene und erweiterte Taschenbuchausgabe) 1990, S. 368–372.

Ben. Dahinter stand bei ihm der Gedanke, daß die vertriebenen deutschen Juden in die Lage versetzt werden sollten, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, und nicht in der Rolle der Betreuten verharren mußten<sup>135</sup>. In diesem Sinn initiierte er den Central Fund des dem Council of Jews from Germany angeschlossenen Leo Baeck Charitable Trust, aus dem Menschen Hilfe gewährt werden konnte, die sich sonst nicht in den üblichen Rahmen der Fürsorge einordnen ließen. Den Platz im Charitable Trust hat nach seinem Tod Eva Reichmann eingenommen wie auch seine Funktion in der Londoner Exekutive des Council<sup>136</sup>. Seit Ende der vierziger Jahre diente Reichmann außerdem dem Council of Jews from Germany als ehrenamtlicher Geschäftsführer, leitete lange Jahre als Vorsitzender die AJR, bis er 1963 aus gesundheitlichen Gründen zurücktrat, und gehörte mit seiner Frau zu den Mitgründern des Leo Baeck Institute in London, für das Eva Reichmann mehrere wichtige wissenschaftliche Arbeiten schrieb<sup>137</sup>.

Hans Reichmann brach seine Beziehungen zu Deutschland nicht ab. Im Gegenteil, seine Tätigkeit für die Wiedererstattung jüdischen Eigentums führte ihn öfters auf Geschäftsreisen nach Deutschland, und er pflegte seine Kontakte zu deutschen Freunden und Kollegen. Siegfried Moses, bis zur seiner Emigration 1937 Vorsitzender der Zionistischen Vereinigung für Deutschland und nach dem Krieg Präsident des Leo Baeck Institute und des Council of Jews from Germany, bemerkte an ihm, der ein ebenso erfolgreicher Jurist wie ein fesselnder Gesprächspartner war, dennoch eine Art Schwermut: „Der Gedanke daran, daß eine erhebliche Zahl seiner Freunde der Katastrophe zum Opfer gefallen war, schmerzte ihn immer von neuem tief. Und er mag im Innern vielleicht empfunden haben, daß zu all dem Schweren, das die erzwungene Auswanderung brachte, für ihn ein wichtiger seelischer Umstand hinzukam: seine Wirksamkeit war nicht mehr der volle Ausdruck der weltanschaulichen Gesinnung, die ihn erfüllt hatte, solange er sich als einen Deutschen betrachten konnte, der die in seinen Augen undeutsche Erscheinung des Antisemitismus bekämpfte. Diese Gesinnung war ein Bestandteil seines Wesens, und sie hatte ganz und gar nicht in opportunistischen Erwägungen ihre Wurzel, sondern in seiner Liebe zur deutschen Kultur; und als diese Welt ihm zerbrach, schlug seine Liebe nicht in Haß um, sondern in Wehmut, die die Gesinnung verdüsterte, ohne sie zu zerstören.“<sup>138</sup>

Hans Reichmann starb auf einer Reise nach Deutschland am 24. Mai 1964 in Wiesbaden.

<sup>135</sup> Werner Rosenstock, Ein Kämpfer für die deutschen Juden, in: Zum Gedenken an Ernst Reichmann, S. 35–37.

<sup>136</sup> Walter Breslauer, Erinnerungen an Hans Reichmann, den Menschen und sein Werk, in: Ebda., S. 38–41.

<sup>137</sup> Vgl. dazu Arnold Paucker, History in Exile: Writing the Story of German Jews, in: Literatur und Kultur des Exils in Großbritannien. Hrsg. von Siglinde Bolbecher u. a., Wien 1995, S. 241–266.

<sup>138</sup> Siegfried Moses, Gesinnung, in: Zum Gedenken an Ernst Reichmann, S. 14–15.

